

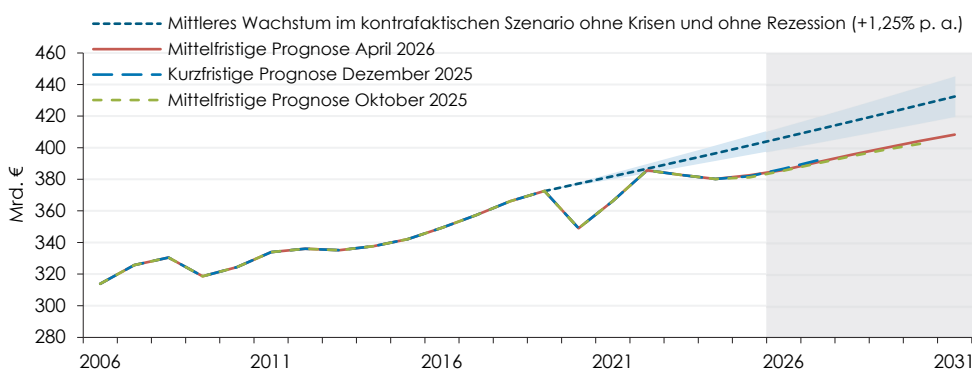
# Mittelfristiges Wirtschaftswachstum bleibt aufgrund anhaltender struktureller Schwächen verhalten

## Mittelfristige Prognose 2026 bis 2031

Josef Baumgartner, Marian Fink, Serguei Kaniovski, Hans Pitlik

- Nach zwei Jahren Rezession und einer leichten Erholung im Vorjahr (+0,6%) dürfte Österreichs Wirtschaft 2026 um 0,9% wachsen. Für 2026/2031 erwartet das WIFO ein reales BIP-Wachstum von 1,1% pro Jahr.
- Da das Wirtschaftswachstum leicht über dem Trendwachstum (+0,9% p. a.) liegen wird, schließt sich die Outputlücke bis zum Ende des Prognosezeitraumes.
- Das Arbeitsangebot nimmt demografisch bedingt nur geringfügig zu, wodurch die Arbeitslosenquote bis 2031 auf voraussichtlich 5,7% zurückgehen wird.
- Infolge des Iran-Krieges wird die Inflationsrate im laufenden Jahr bei 2,7% zu liegen kommen, erst 2028 den Zielwert der Europäischen Zentralbank von 2% erreichen und mittelfristig dort verharren.
- Das Budgetdefizit wird über den Prognosehorizont durchschnittlich knapp 4% des BIP betragen, womit die EU-Vorgaben ohne weitere Maßnahmen klar verfehlt werden. Die Staatsschuld dürfte damit bis 2031 auf knapp 556 Mrd. € anwachsen (+138 Mrd. € gegenüber 2025) und die Staatsschuldenquote 90% des BIP erreichen (+8½ Prozentpunkte).

### Vergleich der mittelfristigen WIFO-Prognosen zur Entwicklung des realen Bruttoinlandsproduktes in Österreich



Die COVID-19-Krise (2020), die Energiepreiskrise (2022/23) und die Rezession der Jahre 2023/24 haben den Wachstumspfad der österreichischen Wirtschaft nachhaltig nach unten verschoben. Im Prognosezeitraum 2026/2031 begrenzen strukturelle Schwächen die wirtschaftliche Entwicklung (Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. Blaue Schattierung: Wachstumstrichter im kontrafaktischen Szenario ohne Krisen und ohne Rezession: Obergrenze +1,5% jährliches BIP-Wachstum, Untergrenze +1,0% jährliches BIP-Wachstum).

**"Die Wertschöpfungseinbußen im Zeitraum 2020/2031 sind beträchtlich. Je nach den Annahmen zum durchschnittlichen Wachstum im kontrafaktischen Szenario ohne Krisen und Rezession liegen sie kumuliert zwischen 141 Mrd. € und 300 Mrd. €."**

# Mittelfristiges Wirtschaftswachstum bleibt aufgrund anhaltender struktureller Schwächen verhalten

## Mittelfristige Prognose 2026 bis 2031

Josef Baumgartner, Marian Fink, Serguei Kaniovski, Hans Pitlik

### Mittelfristiges Wirtschaftswachstum bleibt aufgrund anhaltender struktureller Schwächen verhalten.

Mittelfristige Prognose 2026 bis 2031

Österreichs Wirtschaft erholt sich nur schleppend von der Rezession der Jahre 2023/24. Im Vergleich zu anderen europäischen Ländern sind die Energiepreise und die Lohnstückkosten hierzulande kräftiger gestiegen, wodurch insbesondere die energieintensive Exportwirtschaft auch mittelfristig Wettbewerbsnachteile haben wird. Die österreichische Wirtschaft wird daher verglichen mit dem Euro-Raum insgesamt nur unterdurchschnittlich expandieren. Das WIFO erwartet 2026/2031 ein durchschnittliches jährliches BIP-Wachstum von 1,1% und ein Trendwachstum (laut der Methode der Europäischen Kommission) von 0,9% p. a. (Ø 2010/2019 +1,1% p. a.). Der demografische Wandel verstärkt die Arbeitskräfteknappheit. Dies trübt einerseits den mittelfristigen Ausblick, dämpft jedoch andererseits merklich die Arbeitslosigkeit: nach 7,4% 2025 wird die Arbeitslosenquote bis 2031 auf voraussichtlich 5,7% zurückgehen. Infolge des Iran-Krieges haben sich Mineralölprodukte und Erdgas kräftig verteuert. Die Inflationsrate wird daher 2026 bei 2,7% und 2027 bei 2,3% zu liegen kommen und das Inflationsziel von 2% erst ab 2028 erreicht. Die Defizitquote liegt im Prognosezeitraum – ohne die Konsolidierungsmaßnahmen im Rahmen des noch zu beschließenden Doppelhaushaltes 2027/28 – mit durchschnittlich knapp 4% des nominellen BIP deutlich über dem 3%-Ziel. Die Staatsschuld steigt dadurch bis 2031 auf 90% der nominellen Wirtschaftsleistung (2025: 81,5%).

### Medium-term Economic Growth Remains Subdued Due to Persistent Structural Weaknesses. Medium-term Forecast of the Austrian Economy 2026 to 2031

Austria's economy is recovering slowly from the recession of 2023-24. Compared to other European countries, energy prices and unit labour costs have risen more sharply in Austria, causing competitive disadvantages, particularly for the energy-intensive export sector, to persist even in the medium term. The Austrian economy in 2026-2031 will therefore grow at a slower rate than the euro area average. WIFO expects average annual economic growth of 1.1 percent in 2026-2031 and trend growth (according to the European Commission's methodology) of 0.9 percent p.a. (Ø 2010-2019 +1.1 percent p.a.). Demographic change is intensifying the labour shortage. On one hand, this dampens the medium-term outlook, but on the other hand, it significantly reduces unemployment: after 7.4 percent in 2025, the unemployment rate is expected to decline to 5.7 percent by 2031. Due to the sharp rise in prices for petroleum products and natural gas caused by the war in Iran, the inflation rate is projected to reach 2.7 percent in 2026 and 2.3 percent in 2027, with the 2 percent inflation target not being met until 2028. Without the consolidation measures under the 2027-28 two-year budgetary plan, which has yet not been adopted, the deficit ratio averages just under 4 percent of nominal GDP over the forecast period, considerably above the 3 percent target, causing public debt to rise to 90 percent of nominal GDP by 2031 (2025: 81.5 percent).

**JEL-Codes:** E32, E37, E66, D31 • **Keywords:** Mittelfristige Prognose, Öffentliche Haushalte, Österreich

Der vorliegende Beitrag basiert für die Jahre 2026 und 2027 auf der WIFO-Konjunkturprognose vom April 2026 (Scheiblecker & Ederer, 2026, in diesem Heft). Die Annahmen zur internationalen Entwicklung wurden am 18. März 2026 festgelegt. Weitere Informationen zur Entwicklung im Inland, die bis zum 7. April 2026 vorlagen, wurden in dieser Prognose berücksichtigt. Die Berechnungen erfolgten mit dem makroökonomischen Modell des WIFO (Baumgartner et al., 2005). • Zu den Definitionen siehe "Methodische Hinweise und Kurzglossar", in diesem Heft und <https://www.wifo.ac.at/wp-content/uploads/2024/01/WIFO-Konjunkturberichterstattung-Glossar.pdf>.

**Begutachtung:** Christian Glocker, Thomas Url • **Wissenschaftliche Assistenz:** Astrid Czaloun ([astrid.czaloun@wifo.ac.at](mailto:astrid.czaloun@wifo.ac.at)), Ursula Glauningner ([ursula.glauningner@wifo.ac.at](mailto:ursula.glauningner@wifo.ac.at)), Victoria Plöchl ([victoria.ploechl@wifo.ac.at](mailto:victoria.ploechl@wifo.ac.at)) • Abgeschlossen am 24. 4. 2026

**Kontakt:** Josef Baumgartner ([josef.baumgartner@wifo.ac.at](mailto:josef.baumgartner@wifo.ac.at)), Marian Fink ([marian.fink@wifo.ac.at](mailto:marian.fink@wifo.ac.at)), Hans Pitlik ([hans.pitlik@wifo.ac.at](mailto:hans.pitlik@wifo.ac.at)), Serguei Kaniovski ([serguei.kaniovski@wifo.ac.at](mailto:serguei.kaniovski@wifo.ac.at))

Die derzeitige Verlangsamung der Weltkonjunktur ist den neuerlichen Verwerfungen auf den internationalen Energiemärkten zuzuschreiben. Rohöl, Erdgas und darauf beruhende Güter wie Mineralölprodukte und Kunstdünger haben sich infolge des Iran-Krieges deutlich verteuert.

Die vorliegende Vorausschau bis 2031 fußt auf der WIFO-Konjunkturprognose für die Jahre 2026/27 (siehe Scheiblecker & Ederer,

2026, in diesem Heft) und schreibt das dort präsentierte Hauptszenario bis 2031 fort<sup>1)</sup>.

Die Aussichten für die österreichische Wirtschaft haben sich seit dem letzten Update der mittelfristigen Prognose vom Oktober 2025 (Baumgartner & Kaniowski, 2025) kaum aufgehellt. Die leichte Verbesserung der internationalen Konjunktur und die gemäßigte Belebung des privaten Konsums, die vor Ausbruch des Iran-Krieges erkennbar waren, wurden durch den neuerlichen Energiepreisschock ausgebremst. Die heimische Wirtschaft erholt sich daher nur schleppend von der **Rezession 2023/24 (-3,4% p. a.)**. Für den **Prognosezeitraum 2026/2031** erwartet das WIFO einen **durchschnittlichen jährlichen BIP-Zuwachs von 1,1%** (Ø 2010/2019 +1,6% p. a.; Übersicht 2). Österreichs Wirtschaft dürfte damit um 0,1 Prozentpunkt p. a. schwächer wachsen als der Durchschnitt der Euro-Länder (Abbildung 1).

Mittel- bis langfristig werden nach Einschätzung des WIFO in erster Linie strukturelle Hemmnisse das Wachstum bremsen. Dazu zählen neben der Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit im Außenhandel infolge höherer Lohn- und Energiepreissteigerungen auch Probleme hinsichtlich der Integration von Migrant:innen in das Bildungssystem und den Arbeitsmarkt sowie die geringe Erwerbsbeteiligung von Älteren

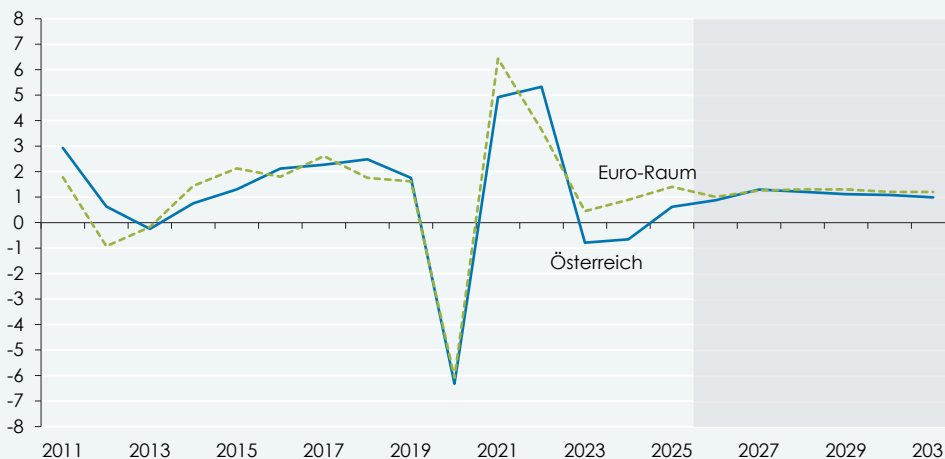
(Felbermayr, 2024). Des Weiteren sind europäische Industrieunternehmen mit vermehrter Konkurrenz aus Asien konfrontiert, und der Zugang zum amerikanischen Markt wird angesichts der dortigen Zollpolitik eingeschränkt bleiben. Zudem bringen der technologische und der demografische Wandel sowohl Mismatch-Probleme als auch Arbeitskräfteknappheit mit sich. Das Schrumpfen der Erwerbsbevölkerung erleichtert andererseits den Abbau der Arbeitslosigkeit, wodurch die Arbeitslosenquote bis 2031 auf 5,7% zurückgehen wird (2025: 7,4%).

Der Preisauftrieb schwächt sich 2026 wegen des Iran-Krieges nur auf +2,7% und damit langsamer ab als vor Kriegsausbruch unterstellt<sup>2)</sup>. Ohne weitere Maßnahmen – neben jenen, die von der österreichischen Bundesregierung bis Ende März 2026 bereits getroffen bzw. angekündigt wurden – wird die Inflationsrate auch 2027 (2,3%) über dem angestrebten Zielwert von 2% bleiben; dieser wird erst 2028 erreicht (Ø 2026/2031: 2,2% p. a.).

Die Defizitquote wird unter den derzeitigen Rahmenbedingungen über den gesamten Prognosezeitraum bei durchschnittlich knapp 4% des nominellen BIP liegen. Um das 3%-Ziel zu erreichen, sind daher in der Budgeterstellung für die Jahre ab 2027 weitere Konsolidierungsschritte notwendig<sup>3)</sup>.

Abbildung 1: **Wirtschaftswachstum in Österreich und im Euro-Raum**

BIP real, Veränderung gegen das Vorjahr in %



Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

<sup>1)</sup> Im Hauptszenario der kurzfristigen WIFO-Konjunkturprognose dauert der Iran-Krieg bis Ende Mai 2026. Fossile Brennstoffe verteuern sich merklich, nach Kriegsende bilden sich die internationalen Energiepreise aber kontinuierlich zurück. Gemäß den Markterwartungen dürften die Preise von Erdgas bis 2028 und von Rohöl bis 2031 wieder auf den Pfad zurückkehren, der vor dem Iran-Krieg unterstellt wurde (siehe dazu Abbildung 1 in Scheiblecker & Ederer, 2026, und Abbildung 2 in diesem Beitrag).

<sup>2)</sup> Unter Berücksichtigung des kräftigen Rückgangs der Inflation im Jänner und Februar 2026 hatte das WIFO vor Ausbruch des Iran-Krieges für das Jahr 2026 eine Teuerung von rund 2% erwartet (siehe dazu Selektiv, 2026).

<sup>3)</sup> Auch das Fiskalratsbüro (2026) kommt in seiner Analyse des Staatshaushaltes 2026/27 zu einem sehr ähnlichen Ergebnis.

# 1. Internationale Rahmenbedingungen

## 1.1 Annahmen zur Energiepreisentwicklung

**Erdgas dürfte im Zeitraum 2026/2030 rund doppelt so viel und Strom fast 2½-mal so viel kosten wie noch 2018/2020.**

Die Dauer und der weitere Verlauf des Iran-Krieges beeinflussen maßgeblich den Konjunkturausblick. Die vorliegende Prognose geht davon aus, dass die Kampfhandlungen am Persischen Golf ab Juni 2026 dauerhaft eingestellt werden. Die unterstellten Preis-pfade für Rohöl, Erdgas und Strom entsprechen für 2026/27 jenen des Hauptszenarios der kurzfristigen WIFO-Konjunkturprognose (Scheiblecker & Ederer, 2026 sowie Fuß-note 1 in diesem Beitrag) und basieren für die Jahre 2028/2031 auf den durchschnittlichen Markterwartungen gemäß den Futures-Notierungen von Anfang April (Übersicht 1, Abbildung 2).

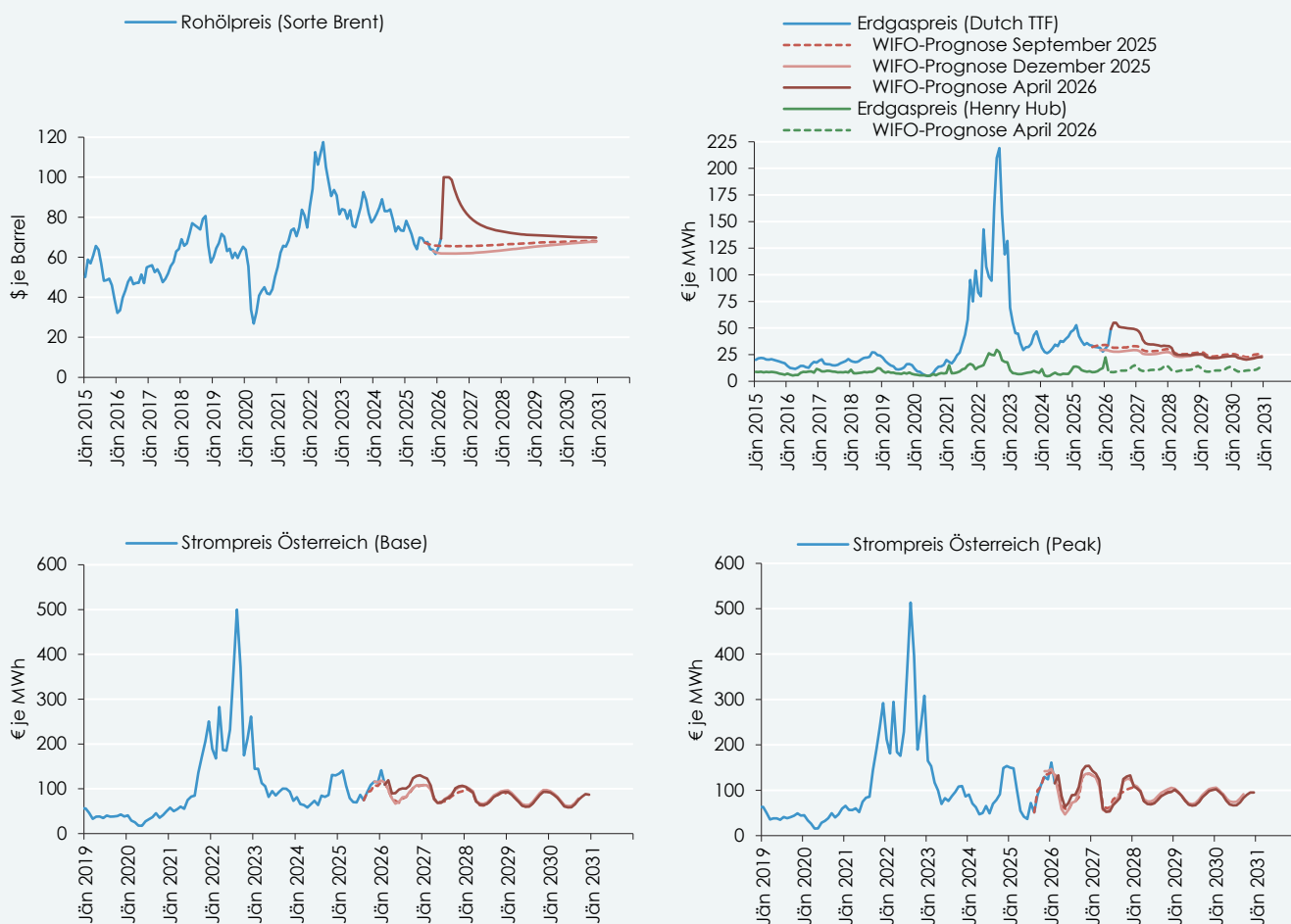
Das WIFO unterstellt für 2026 einen **Rohölpreis** von 88 \$ je Barrel (Sorte Brent; Jahres-durchschnitt) und nach Kriegsende einen schrittweisen Rückgang auf 70 \$ je Barrel bis 2031. Die Großhandelspreise für **Erdgas und Strom** (gemäß Dutch TTF bzw. den Strom-

Futures für Österreich) dürften auf Basis der Markterwartungen nach einem Anstieg im Jahr 2026 in den Folgejahren ebenfalls wieder zurückgehen.

Energie wird jedoch auch mittelfristig teurer bleiben als vor dem Energiepreisschock 2021/22: Erdgas dürfte im europäischen Großhandel 2026/2030 durchschnittlich doppelt so viel, Strom fast 2½-mal so viel kosten wie im Zeitraum 2018/2020. In den USA dürften die Großhandelspreise für Erdgas (gemäß Henry Hub, Abbildung 2) dagegen nur leicht über dem Niveau vor der COVID-19-Pandemie zu liegen kommen, womit Erdgas dort deutlich billiger bleiben wird als in Europa. 2026 beträgt der Abstand voraussichtlich 76% und 2030 noch rund 50%. Dieser Wettbewerbsnachteil der energieintensiven exportorientierten Industrie gegenüber der Konkurrenz in den USA wird somit über den gesamten Prognosehorizont bestehen bleiben.

Abbildung 2: **Energiepreise**

Monatliche Entwicklung internationaler Notierungen



Q: HWWI, IWF, European Energy Exchange, Intercontinental Exchange, US Energy Information Administration, CME Group, Macrobond, OeNB, WIFO-Berechnungen.

## 1.2 Annahmen zur Geldpolitik

Hinsichtlich der **Geldpolitik der USA** erwartet das WIFO für das II. Quartal 2026 eine erneute Zinssenkung um ¼ Prozentpunkt. Auf der Basis eines adaptierten Taylor-Regel-Modells wird bis zum II. Quartal 2027 mit weiteren Senkungen gerechnet. Der Dreimonatszinssatz sinkt dadurch bis Ende 2027 auf 2½% (2025: 4¼%) und verharrt in den Folgejahren auf diesem Niveau (Abbildung 3).

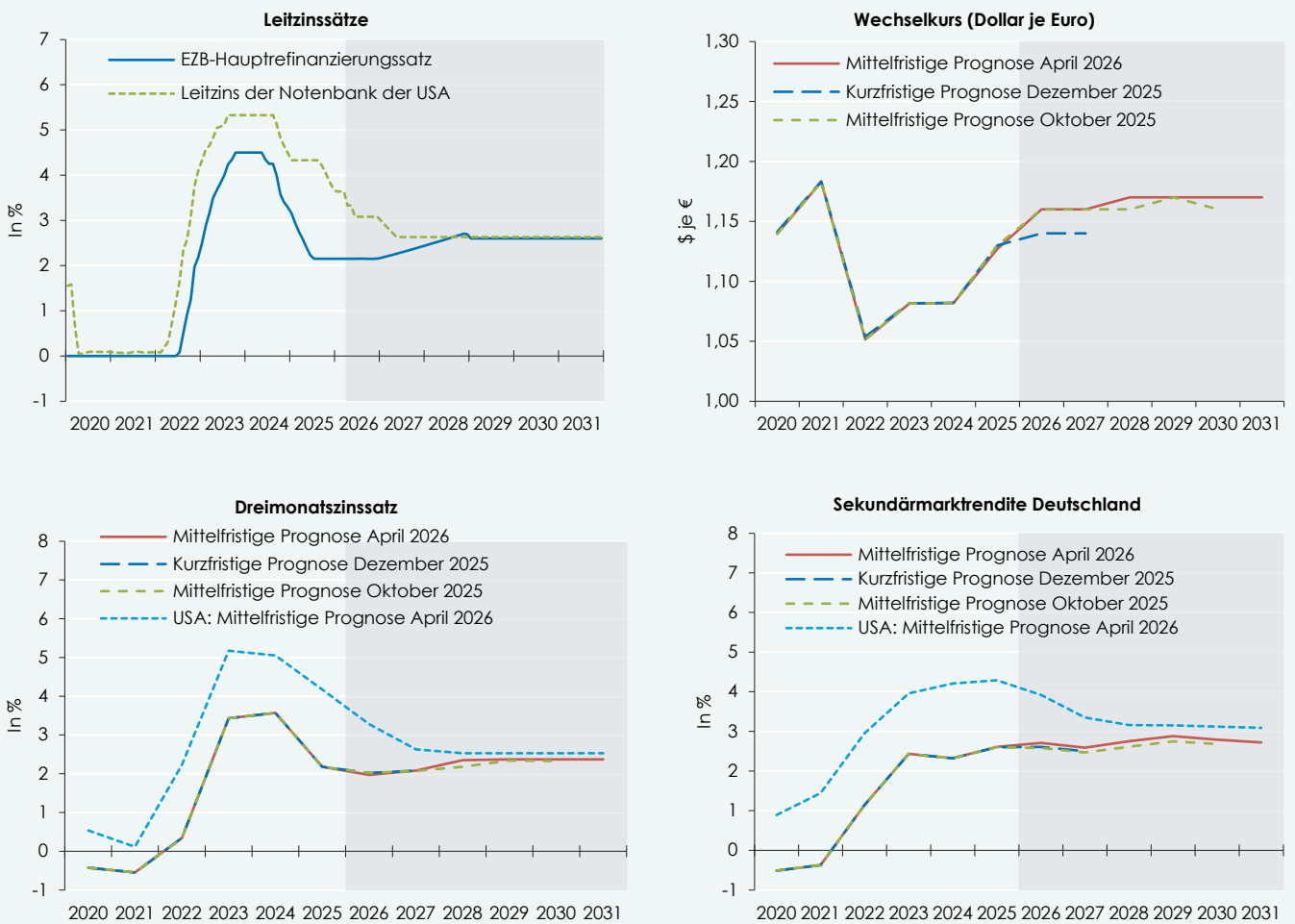
Die **EZB** wird ihre **Geldpolitik** 2026 unverändert lassen und sie 2027 wieder etwas straffen. Folglich steigt der Dreimonatsgeldmarktsatz leicht von 2,0% (2026) auf 2,4% (2028/2031). Die Sekundärmarktrendite auf

10-jährige deutsche Bundesanleihen dürfte ebenfalls geringfügig zulegen (von 2,7% 2026 auf 2,9% 2029). Der Abbau der im Zuge des Pandemie-Notfallankaufprogrammes (Pandemic Emergency Purchase Programme – PEPP) angekauften Staatsanleihenbestände wird im Prognosezeitraum – nach einer ungewöhnlich langen Phase einer inversen Zinsstruktur durch umfangreiche Zentralbank-Interventionen auf den europäischen Anleihenmärkten – die Normalisierung des Zinsgefüges unterstützen.

Der **Wechselkurs** des **Dollar** gegenüber dem **Euro** bleibt auf Basis der Konjunktur- und Zinsentwicklung in den beiden Wirtschaftsräumen nahezu konstant bei rund 1,16 \$ je Euro.

Die EZB wird ihre Geldpolitik ab 2027 wieder etwas straffen. Der Dreimonatszinssatz wird von 2,0% im Jahr 2026 auf 2,4% (2028/2031) steigen.

Abbildung 3: Monetäre Rahmenbedingungen



Q: Europäische Zentralbank, Federal Reserve Bank, Oxford Economics, WIFO-Berechnungen.

## 1.3 Annahmen zur internationalen Konjunktur

In den **fünf für die österreichische Exportwirtschaft wichtigsten Ländern bzw. Ländergruppen** (Euro-Raum, MOEL 5, USA, China, Schweiz) wuchs das reale BIP 2025 um 1,8% (exportgewichtet; Ø 2010/2019 +2,1% p. a.;

Übersicht 1). Aufgrund der anhaltenden Verwerfungen in der Weltwirtschaft (Energiepreise, Handelspolitik der USA) bleibt das Marktwachstum mittelfristig verhalten. Im Prognosezeitraum 2026/2031 erwartet das WIFO in den fünf wichtigsten Handels-

In den für die österreichische Exportwirtschaft wichtigsten Partnerländern wird 2026/2031 ein Wirtschaftswachstum von durchschnittlich 1½% p. a. erwartet.

räumen ein durchschnittliches jährliches Wirtschaftswachstum von 1½%<sup>4)</sup>.

Im **Euro-Raum** wird sich das Wachstum nach der Schwächephase der Jahre 2023/2025 (+0,9% p. a.) leicht auf voraussichtlich 1¼% p. a. beschleunigen. In den **MOEL 5** wird der BIP-Zuwachs 2026/27 2½% betragen und bis 2031 auf 1,9% zurückgehen (Übersicht 1, Abbildung 4).

**Chinas** Wirtschaft dürfte 2025 um knapp 5% gewachsen sein. Angesichts der Handelskonflikte, insbesondere mit den USA und möglicherweise auch mit der EU, und verschiedenen strukturellen Herausforderungen (Lui, 2024) erwartet das WIFO mittelfristig eine Verlangsamung auf 3½% (Ø 2021/2025 +5,3% p. a.).

Die **USA** könnten infolge ihrer Zollpolitik mittelfristig von Standortverlagerungen, die im

Besonderen energieintensive Industriezweige aus Übersee erwägen, profitieren. Zusätzlich kommt ihnen weiterhin die Verschiebung der europäischen Energienachfrage von russischem Erdgas zu Flüssiggas (LNG) zugute. Der Iran-Krieg und die Sperre der Straße von Hormus haben darüber hinaus das Flüssiggasangebot aus den Golfstaaten (vor allem Katar) verknappt, woraus amerikanische LNG-Produzenten länger einen Nutzen ziehen dürften. Gebremst wird das Wirtschaftswachstum in den USA von einer Verringerung des Arbeitskräftepotenzials infolge der Deportation von Migrant:innen ohne Aufenthaltstitel und des insgesamt restriktiveren Zugangs zum Arbeitsmarkt. Am härtesten trifft dies arbeitsintensive Produktionsbereiche (z. B. die Landwirtschaft) und die Dienstleistungen. Alles in allem wird die Wirtschaft der USA im Zeitraum 2026/2031 um durchschnittlich rund 2% p. a. expandieren (Ø 2021/2025 +3,3% p. a.).

Abbildung 4: Angenommene Wirtschaftsentwicklung in vier wichtigen Handelspartnerregionen

BIP real, Veränderung gegen das Vorjahr in %



Q: WIFO-Berechnungen, Oxford Economics. MOEL 5: Tschechien, Ungarn, Polen, Slowenien, Slowakei.

<sup>4)</sup> Für die Jahre 2026/27 wurden die Annahmen zur Entwicklung der internationalen Wirtschaft von Scheiblecker und Ederer (2026) übernommen. Für die Periode 2028 bis 2031 basieren sie auf einer durch das

WIFO angepassten Variante der Weltprognose von Oxford Economic Forecasting (Global Economic Forecast, Basisszenario) vom 24. Februar 2026.

## Übersicht 1: Internationale Konjunktur

		Ø 2010/ 2019	Ø 2021/ 2025	Ø 2026/ 2031	2025	2026	2027	2028	2029	2030	2031
BIP real, Veränderung gegen das Vorjahr in %											
Euro-Raum		+ 1,4	+ 2,5	+ 1,2	+ 1,4	+ 1,0	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,2	+ 1,2
MOEL 5 <sup>1)</sup>		+ 3,2	+ 3,1	+ 2,2	+ 2,6	+ 2,7	+ 2,4	+ 2,2	+ 2,0	+ 2,0	+ 1,9
USA		+ 2,4	+ 3,3	+ 2,1	+ 2,2	+ 2,3	+ 2,1	+ 2,1	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,0
Schweiz		+ 1,9	+ 2,6	+ 1,3	+ 1,3	+ 0,7	+ 1,3	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,4	+ 1,3
China		+ 7,7	+ 5,3	+ 4,0	+ 4,9	+ 4,6	+ 4,2	+ 4,0	+ 3,8	+ 3,6	+ 3,6
Insgesamt, exportgewichtet <sup>2)</sup>		+ 2,1	+ 2,8	+ 1,6	+ 1,8	+ 1,5	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,5	+ 1,5
<b>Annahmen zur Prognose</b>											
Rohölpreis, Brent	\$ je Barrel	80	80	74	68	88	76	72	71	70	70
Erdgaspreis, Dutch TTF	€ je MWh	–	59	31	37	48	37	26	23	22	–
Strompreis Österreich											
Base	€ je MWh	–	130	88	99	111	94	82	77	75	–
Peak	€ je MWh	–	134	93	92	114	98	87	84	84	–
Wechselkurs	\$ je €	1,23	1,10	1,17	1,13	1,16	1,16	1,17	1,17	1,17	1,17
Internationale Zinssätze											
Dreimonatszinssatz	in %	0,2	1,8	2,3	2,2	2,0	2,1	2,4	2,4	2,4	2,4
Sekundärmarktrendite Deutschland	in %	1,1	1,6	2,7	2,6	2,7	2,6	2,8	2,9	2,8	2,7

Q: WIFO-Berechnungen. – <sup>1)</sup> Tschechien, Ungarn, Polen, Slowenien, Slowakei. – <sup>2)</sup> Euro-Raum, MOEL 5, USA, Schweiz, China: gewichtet mit den österreichischen Exportanteilen.

## 2. Prognose der Wirtschaftsentwicklung in Österreich

### 2.1 Gesamtwirtschaftliche Nachfrage

Die Prognose der mittelfristigen Wirtschaftsentwicklung in Österreich bis 2031 baut auf dem Hauptszenario der kurzfristigen WIFO-Konjunkturprognose für 2026/27 auf (Scheiblecker & Ederer, 2026, in diesem Heft) und stützt sich auf die Annahmen zur internationalen Entwicklung (Kapitel 1) sowie zur österreichischen Fiskalpolitik (Kapitel 2.5). Es handelt sich um eine modellgestützte Expert:innenprognose unter Einsatz des WIFO-Macromod (Baumgartner et al., 2005). Hinsichtlich der wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen in Österreich folgt das WIFO in seinen Prognosen einer semi-restriktiven "No-Policy-Change"-Annahme<sup>5)</sup>.

Das **real verfügbare Haushaltseinkommen** dürfte **2026** aufgrund der höheren Inflation infolge des Iran-Krieges **stagnieren** und über den Prognosezeitraum **2026/2031** um **+1½% p. a.** zunehmen. Ein **Rückgang** der im langjährigen Vergleich (Ø 2010/2019: 8,0%) hohen **Sparquote** der privaten Haushalte von knapp 10% 2025 auf 8% im Jahr 2031 ermöglicht dennoch eine Ausweitung des **privaten Konsums** um **+¾%** pro Jahr (Übersicht 2, Abbildungen 5 und 6). Getragen wird sie durch die hohe Ersparnisbildung der Vorjahre und einen anhaltenden Abbau der Arbeitslosigkeit (siehe Kapitel 2.3).

Die **Warenexporte** hängen von der internationalen Konjunktur ab. Für die Jahre 2026/2031 unterstellt das WIFO für die wichtigsten Zielregionen ein durchschnittliches Marktwachstum von 1½% p. a. (siehe Kapitel 1). Die Exporte (i. w. S.) nehmen folglich jährlich um voraussichtlich 2,1% zu (Ø 2021/2025 +3,1% p. a.; Übersicht 3). Für die **Importe** i. w. S., die von der Inlandskonjunktur, den Exporten sowie der Nachfrage nach Investitions- und dauerhaften Konsumgütern abhängen, wird in den Jahren 2026 bis 2031 ein Wachstum von 2,0% p. a. erwartet. Der Überschuss im Außenbeitrag gemäß ESVG dürfte damit leicht von 2,4% (2025) auf 2,7% des nominellen BIP (2031) zunehmen.

Die **Ausrüstungsinvestitionen** (einschließlich sonstiger Anlageinvestitionen) stagnierten im Durchschnitt der Jahre 2022/2024 infolge der Industrierezession. Der Zuwachs von 5% im Jahr 2025 wird als kurzlebig eingeschätzt (siehe Scheiblecker & Ederer, 2026). Die Unsicherheit über die künftige Nachfrageentwicklung sowie die erschwerte Innenfinanzierung der Unternehmen infolge geringerer Bruttobetriebsüberschüsse lassen im Prognosezeitraum lediglich eine zaghafte Erholung erwarten (Ø 2026/2031 +2¼% p. a.). Die angestrebte emissionsärmere Produktionsweise würde zwar verstärkte Investitionen in die Energiewende erfordern, angesichts

**Auf die dreijährige Konjunkturschwäche (Ø 2023/2025 –0,4% p. a.) folgt eine fragile Erholung; das mittelfristige Wirtschaftswachstum beträgt voraussichtlich 1,1% p. a.**

**Gestützt vom Rückgang der Sparquote zieht der private Konsum nach der rezessionsbedingten Schwächephase wieder etwas an und wächst über den Prognosehorizont um durchschnittlich +¾% p. a.**

<sup>5)</sup> Im Allgemeinen werden nur bereits beschlossene Gesetze und Verordnungen berücksichtigt. Unter bestimmten Umständen wird von dieser Regel abgewichen (daher semi-restriktiv): Erstens dann, wenn der Verhandlungs- oder Gesetzwerdungsprozess bereits weit fortgeschritten ist (Gesetzesentwürfe in Begutachtung, in manchen Fällen auch Ministerratsbeschlüsse,

wenn für deren Umsetzung eine stabile Mehrheit im Parlament sehr wahrscheinlich erscheint) und zweitens, wenn zur betreffenden Regelung sowohl ein klarer Zeitplan als auch hinreichend detaillierte Informationen vorliegen, die eine quantitative Einschätzung ermöglichen.

der geopolitischen Unsicherheit und der im EU-Vergleich höheren Strom- und Erdgaspreise<sup>6)</sup> dürfte jedoch insbesondere die

österreichische Industrie weiter zurückhaltend investieren.

## Übersicht 2: Hauptergebnisse der mittelfristigen Prognose für Österreich

	Ø 2010/ 2019	Ø 2021/ 2025	Ø 2026/ 2031	2025	2026	2027	2028	2029	2030	2031
Veränderung in % p. a.										
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>										
Real	+ 1,6	+ 1,8	+ 1,1	+ 0,6	+ 0,9	+ 1,3	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,0
Nominell	+ 3,3	+ 6,2	+ 3,1	+ 3,8	+ 3,1	+ 3,5	+ 3,2	+ 3,1	+ 3,0	+ 2,9
Verbraucherpreise	+ 1,9	+ 5,1	+ 2,2	+ 3,6	+ 2,7	+ 2,3	+ 2,1	+ 2,0	+ 1,9	+ 1,9
BIP-Deflator	+ 1,7	+ 4,2	+ 2,0	+ 3,2	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,0	+ 2,0	+ 1,9	+ 1,9
Lohn- und Gehaltssumme <sup>1)</sup>	+ 3,5	+ 6,5	+ 2,8	+ 3,8	+ 2,5	+ 3,2	+ 3,0	+ 2,7	+ 2,6	+ 2,5
Pro Kopf, real <sup>2)</sup>	+ 0,1	- 0,1	+ 0,2	+ 0,0	- 0,3	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2
Unselbständig Beschäftigte laut VGR <sup>3)</sup>	+ 1,5	+ 1,5	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,4
Unselbständig aktiv Beschäftigte <sup>4)</sup>	+ 1,4	+ 1,4	+ 0,6	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,8	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,5
In %										
<b>Arbeitslosenquote</b>										
In % der Erwerbspersonen <sup>5)</sup>	5,6	5,4	5,3	5,7	5,8	5,5	5,3	5,2	5,0	4,8
In % der unselbständigen Erwerbspersonen	7,8	7,0	6,6	7,4	7,4	7,1	6,8	6,4	6,0	5,7
In % des BIP										
Außenbeitrag	3,2	1,4	2,6	2,4	2,4	2,6	2,6	2,7	2,7	2,7
<b>Finanzierungssaldo des Staates laut Maastricht-Definition</b>										
Zyklisch bereinigter Budgetsaldo	- 1,5	- 4,1	- 3,9	- 4,2	- 4,1	- 4,0	- 4,2	- 3,7	- 3,8	- 3,8
Methode der Europäischen Kommission <sup>6)</sup>	- 1,4	- 3,9	- 3,7	- 3,4	- 3,4	- 3,5	- 3,9	- 3,6	- 3,8	- 3,8
WIFO-Methode <sup>7)</sup>	- 1,5	- 3,9	- 3,7	- 3,5	- 3,4	- 3,6	- 4,0	- 3,7	- 3,8	- 3,8
<b>Struktureller Budgetsaldo</b>										
Methode der Europäischen Kommission <sup>6)</sup>	- 1,1	- 3,9	- 3,7	- 3,4	- 3,4	- 3,5	- 3,9	- 3,6	- 3,8	- 3,8
WIFO-Methode <sup>7)</sup>	- 1,2	- 3,9	- 3,7	- 3,5	- 3,4	- 3,6	- 4,0	- 3,7	- 3,8	- 3,8
Staatsschuld	81,1	80,0	86,8	81,5	83,4	84,6	86,4	87,5	88,7	90,0
In % des verfügbaren Einkommens										
Sparquote der privaten Haushalte	8,0	10,1	8,8	9,9	9,4	9,4	9,1	8,7	8,3	8,0
Veränderung in % p. a.										
<b>Trendoutput, real</b>										
Methode der Europäischen Kommission <sup>6)</sup>	+ 1,1	+ 1,0	+ 0,9	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,9	+ 0,9	+ 0,9	+ 0,9	+ 0,9
WIFO-Methode <sup>7)</sup>	+ 1,0	+ 1,1	+ 0,9	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,9	+ 0,9	+ 0,9	+ 1,0
In % des Trendoutputs										
<b>Outputlücke, real</b>										
Methode der Europäischen Kommission <sup>6)</sup>	- 0,1	- 0,4	- 0,5	- 1,3	- 1,2	- 0,8	- 0,5	- 0,3	± 0,0	± 0,0
WIFO-Methode <sup>7)</sup>	- 0,0	- 0,3	- 0,3	- 1,3	- 1,1	- 0,6	- 0,3	- 0,1	+ 0,1	+ 0,1
Veränderung in % p. a.										
Armutsgefährdungsquote <sup>8)</sup> <sup>10)</sup>	in %	14,1	14,6	14,0	14,4	14,6	14,3	14,1	13,8	13,6
Einkommensquintilsverhältnis <sup>9)</sup> <sup>10)</sup>	Verhältniszahl	+ 4,1	+ 4,3	+ 4,3	+ 4,3	+ 4,4	+ 4,4	+ 4,4	+ 4,3	+ 4,3

Q: Arbeitsmarktservice, Dachverband der Sozialversicherungsträger, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – 1) Brutto, ohne Arbeitgeberbeiträge. – 2) Beschäftigungsverhältnisse laut VGR, deflationiert mit dem VPI. – 3) Beschäftigungsverhältnisse. – 4) Ohne Personen in aufrechtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. – 5) Laut Eurostat (Labour Force Survey). – 6) WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom April 2026, Parametrisierung gemäß der Prognose der Europäischen Kommission vom November 2025. – 7) WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom April 2026 gemäß Produktionsfunktionsansatz der Europäischen Kommission, aber mit stärkerer Glättung des Trendoutputs und ohne Schließungsrestriktion für die Outputlücke. – 8) Anteil der Personen in Privathaushalten mit einem verfügbaren Äquivalenzeinkommen unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle. – 9) S80/S20: Verhältnis des gesamten verfügbaren Äquivalenzeinkommens der Bevölkerung in privaten Haushalten im obersten Einkommensquintil zu dem der Bevölkerung im untersten Einkommensquintil. – 10) Eurostat-Definition; dem Einkommensreferenzjahr zugeordnet. Ab 2024 Prognose basierend auf EUROMOD Version J2.0+ und EU-SILC 2024.

<sup>6)</sup> Siehe die europäische Energiepreisstatistik von Eurostat für Unternehmen (Nichthaushaltskund:innen, 1. Halbjahr 2007 bis 2. Halbjahr 2025): Für Strom siehe <https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/>

[view/nrg\\_pc\\_205/default/table?lang=de](view/nrg_pc_205/default/table?lang=de), für Erdgas [https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/nrg\\_pc\\_203/default/table?lang=de](https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/nrg_pc_203/default/table?lang=de).

### Übersicht 3: Komponenten der realen Nachfrage

	Ø 2010/ 2019	Ø 2021/ 2025	Ø 2026/ 2031	2025	2026	2027	2028	2029	2030	2031
	Veränderung in % p. a.									
Konsumausgaben	+ 0,8	+ 2,4	+ 0,8	+ 1,0	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,9	+ 0,9	+ 0,9	+ 0,9
Private Haushalte <sup>1)</sup>	+ 0,9	+ 2,3	+ 0,8	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,9	+ 0,9	+ 0,9	+ 0,8
Staat	+ 0,7	+ 2,9	+ 1,0	+ 2,4	+ 1,2	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,1	+ 1,0
Bruttoanlageinvestitionen	+ 2,5	+ 0,2	+ 1,8	+ 1,4	+ 1,0	+ 2,1	+ 2,4	+ 1,9	+ 1,8	+ 1,5
Ausrüstungen <sup>2)</sup>	+ 3,8	+ 2,5	+ 2,2	+ 5,0	+ 1,7	+ 2,8	+ 2,8	+ 2,2	+ 2,1	+ 1,8
Bauten	+ 1,1	- 2,3	+ 1,1	- 2,9	+ 0,1	+ 1,1	+ 1,8	+ 1,4	+ 1,3	+ 1,1
Inländische Verwendung	+ 1,4	+ 1,6	+ 1,0	+ 1,4	+ 0,6	+ 1,1	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,0
Exporte	+ 4,4	+ 3,1	+ 2,1	+ 0,3	+ 1,5	+ 2,2	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,1	+ 2,1
Importe	+ 4,2	+ 3,0	+ 2,0	+ 1,7	+ 1,0	+ 2,0	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,3	+ 2,2
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	<b>+ 1,6</b>	<b>+ 1,8</b>	<b>+ 1,1</b>	<b>+ 0,6</b>	<b>+ 0,9</b>	<b>+ 1,3</b>	<b>+ 1,2</b>	<b>+ 1,1</b>	<b>+ 1,1</b>	<b>+ 1,0</b>

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – <sup>1)</sup> Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – <sup>2)</sup> Einschließlich militärischer Waffensysteme und sonstiger Anlagen.

Die Rezession in der Bauwirtschaft, die im 2. Halbjahr 2020 eingesetzt hatte, ließ die **Bauinvestitionen** bis 2025 (mit Ausnahme des Jahres 2021) durchgehend schrumpfen (Ø 2020/2025 -2,4% p. a.). Der Rückgang konzentrierte sich vor allem auf den Wohnbau: durch die hohe Teuerung sanken die real verfügbaren Haushaltseinkommen und der Realwert der Ersparnisse, während die deutlich höheren Baupreise, die verschärften Kreditvergaberegeln und die gestiegenen Kreditzinssätze die Finanzierung von Wohnraum erschwerten und somit die Wohnbaunachfrage dämpften (Baumgartner et al., 2023). Durch das niedrigere Zinsniveau, die Überwindung der Rezession und Nachholeffekte dürfte sich die Baunachfrage mittelfristig leicht erholen (2026/2031 +1,1% p. a.).

#### 2.2 Trendoutput und Outputlücke

Der **Trendoutput** bezeichnet das Produktionsniveau einer Volkswirtschaft bei durchschnittlicher Auslastung der Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital. Maßgeblich bestimmt wird er durch das Arbeitsvolumen, die Kapitalakkumulation und die Gesamtfaktorproduktivität (TFP). Das Trend-Arbeitsvolumen ergibt sich aus der Entwicklung der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, der Erwerbsquote, der durchschnittlich geleisteten Arbeitszeit je Beschäftigten sowie der strukturellen Arbeitslosenquote (Non-Accelerating Wage Rate of Unemployment – NAWRU). Letztere wird von institutionellen und strukturellen Gegebenheiten des Arbeitsmarktes geprägt und entspricht dem Niveau der Arbeitslosigkeit bei stabiler Lohninflation. Das TFP-Wachstum entspricht jenem Anteil des Trendwachstums, der sich nach Bereinigung um Konjunktoreffekte nicht durch den reinen

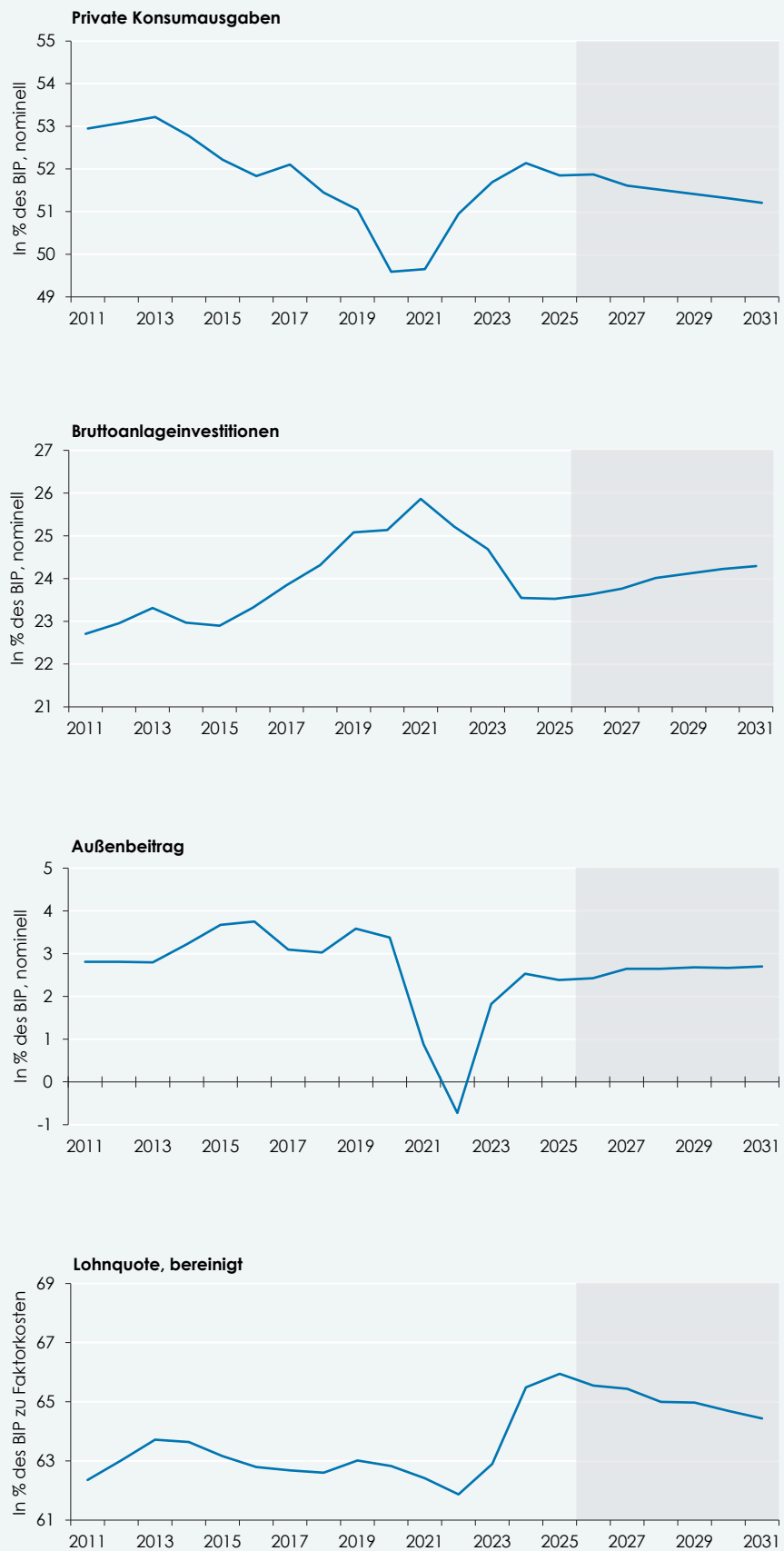
Einsatz von Kapital und Arbeit erklären lässt (Abbildung 7).

Die in Prozent des Trendoutputs ausgedrückte Differenz zwischen dem tatsächlichen BIP und dem Trendoutput wird als **Outputlücke** bezeichnet. Sie dient als Indikator der gesamtwirtschaftlichen Kapazitätsauslastung. Liegt die Auslastung der Produktionsfaktoren unter dem Durchschnitt, ist die Outputlücke negativ, was auf ein Nachlassen des Inflationsdrucks hindeutet. Im Gegensatz dazu zeigt eine positive Outputlücke eine überdurchschnittliche Auslastung an, die mit zunehmendem Inflationsdruck einhergeht.

Da es sich beim Trendoutput um eine nicht direkt messbare Größe handelt, muss er ökonomisch geschätzt werden. Die Europäische Kommission nutzt hierfür einen Produktionsfunktionsansatz, der die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung und wichtige Bestimmungsgrößen des Arbeitsmarktes um Konjunkturschwankungen bereinigt.

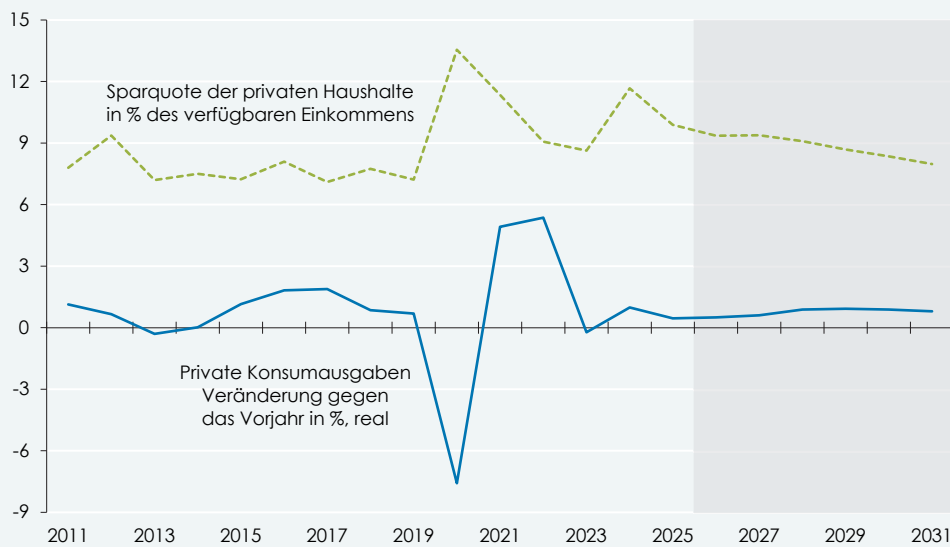
Die WIFO-Schätzung nach der Methode der Europäischen Kommission stützt sich auf Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) für die Jahre 1976/2025 sowie auf die WIFO-Konjunkturprognose für 2026/27. Für den Zeitraum 2026/2031 ergibt sich nach dieser Methode ein durchschnittliches Trendwachstum von 0,9% p. a., was der Schätzung der Kommission vom November 2025 entspricht (Europäische Kommission, 2025). Die Outputlücke ist gemäß diesem Verfahren seit dem Jahr 2024 negativ und signalisiert somit eine Unterauslastung der Gesamtwirtschaft. Entsprechend der technischen Annahme der Kommission wird sich diese Lücke ab 2030 geschlossen haben (Abbildung 8).

Abbildung 5: Nachfrage und Einkommen



Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

Abbildung 6: Konsumausgaben und Sparquote der privaten Haushalte



Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

Übersicht 4: Beitrag der Inputfaktoren zum Wachstum des Trendoutputs

		Ø 2010/ 2019	Ø 2021/ 2025	Ø 2026/ 2031	2025	2026	2027	2028	2029	2030	2031
<b>Methode der Europäischen Kommission<sup>1)</sup></b>											
BIP, real	Veränderung in % p. a.	+ 1,6	+ 1,8	+ 1,1	+ 0,6	+ 0,9	+ 1,3	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,1	+ 0,9
Trendoutput	Veränderung in % p. a.	+ 1,1	+ 1,0	+ 0,9	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,9	+ 0,9	+ 0,9	+ 0,9	+ 0,9
Arbeit	Prozentpunkte	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,1
Kapital	Prozentpunkte	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,4
Gesamte Faktorproduktivität	Prozentpunkte	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,4
Outputlücke, real	in % des Trendoutputs	- 0,1	- 0,4	- 0,5	- 1,3	- 1,2	- 0,8	- 0,5	- 0,3	± 0,0	± 0,0
<b>WIFO-Methode<sup>2)</sup></b>											
BIP, real	Veränderung in % p. a.	+ 1,6	+ 1,8	+ 1,1	+ 0,6	+ 0,9	+ 1,3	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,0
Trendoutput	Veränderung in % p. a.	+ 1,0	+ 1,1	+ 0,9	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,9	+ 0,9	+ 0,9	+ 1,0
Arbeit	Prozentpunkte	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2
Kapital	Prozentpunkte	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,4
Gesamte Faktorproduktivität	Prozentpunkte	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,4
Outputlücke, real	in % des Trendoutputs	- 0,0	- 0,3	- 0,3	- 1,3	- 1,1	- 0,6	- 0,3	- 0,1	+ 0,1	+ 0,1
<b>Schätzung der Europäischen Kommission (Herbst 2025)</b>											
BIP, real	Veränderung in % p. a.	+ 1,6	+ 1,8	+ 1,1	+ 0,3	+ 0,9	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,1
Trendoutput	Veränderung in % p. a.	+ 1,1	+ 0,9	+ 0,9	+ 0,5	+ 0,7	+ 0,7	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,1
Arbeit	Prozentpunkte	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3
Kapital	Prozentpunkte	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,4
Gesamte Faktorproduktivität	Prozentpunkte	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,4
Outputlücke, real	in % des Trendoutputs	- 0,1	- 0,4	- 0,4	- 1,3	- 1,2	- 0,7	- 0,4	- 0,2	± 0,0	± 0,0

Q: Europäische Kommission, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – <sup>1)</sup> WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom April 2026, Parametrisierung gemäß der Prognose der Europäischen Kommission vom November 2025. – <sup>2)</sup> WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom April 2026 gemäß Produktionsfunktionsansatz der Europäischen Kommission, aber mit stärkerer Glättung des Trendoutputs und ohne Schließungsrestriktion für die Outputlücke.

Eine detaillierte Gegenüberstellung der aktuellen WIFO-Schätzung nach der Methode der Europäischen Kommission und deren eigener Schätzung vom November 2025 findet sich in Übersicht 4. Darin werden die jeweiligen Wachstumsbeiträge von TFP, Arbeit und Kapital gesondert ausgewiesen. Das Trendwachstum von 0,9% p. a. (2026/2031,

WIFO-Schätzung gemäß Methode der Europäischen Kommission) wird durch die Wachstumsbeiträge des Faktors Arbeit (0,2 Prozentpunkte), des Kapitals (0,3 Prozentpunkte) sowie der TFP (0,3 Prozentpunkte) getragen.

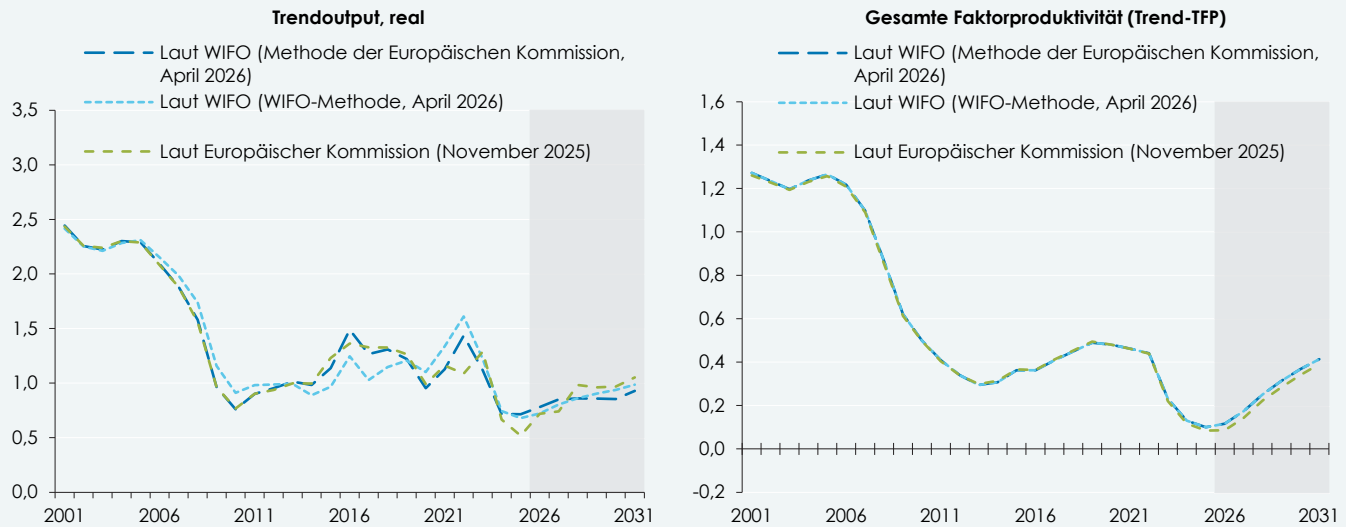
Das WIFO erwartet für den Prognosezeitraum 2026/2031 gemäß seiner eigenen Methode ein durchschnittliches Trendwachstum von 0,9% pro Jahr. Die Outputlücke erreicht 2031 +0,1% (2026 -1,1%).

In einer alternativen Schätzung ermittelt das WIFO die Outputlücke, wie sie sich aus der mittelfristigen BIP-Prognose und dem geschätzten Trendoutput endogen ergibt. Darüber hinaus werden in dieser Variante die Erwerbsquote und die durchschnittlich geleisteten Arbeitsstunden stärker geglättet, um die Prozyklizität des geschätzten Produktionspotenzials zu verringern (Maidorn, 2018; EU Independent Fiscal Institutions, 2019, 2022).

Diese Schätzung gemäß **WIFO-Methode** ergibt ebenfalls ein durchschnittliches **Trendwachstum von 0,9% p. a.** (2026/2031). Die Outputlücke verbessert sich von -1,1% (2026) bis zum Ende des Prognosezeitraums auf +0,1%.

Abbildung 7: **Entwicklung des realen Trendoutputs und der gesamten Faktorproduktivität (Trend-TFP)**

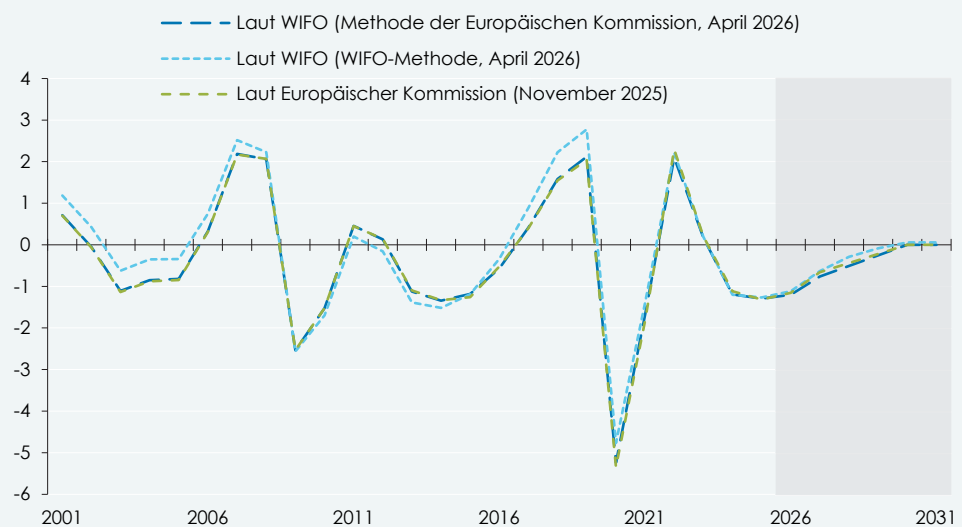
Veränderung gegen das Vorjahr in %



Q: Europäische Kommission, WIFO-Berechnungen. WIFO-Methode . . . WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom April 2026 gemäß Produktionsfunktionsansatz der Europäischen Kommission, aber mit stärkerer Glättung des Trendoutputs und ohne Schließungsrestriktion für die Outputlücke. Methode der Europäischen Kommission . . . WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom April 2026, Parametrisierung gemäß der Prognose der Europäischen Kommission vom November 2025.

Abbildung 8: **Outputlücke**

Real, in % des Trendoutputs



Q: Europäische Kommission, WIFO-Berechnungen. WIFO-Methode . . . WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom April 2026 gemäß Produktionsfunktionsansatz der Europäischen Kommission, aber mit stärkerer Glättung des Trendoutputs und ohne Schließungsrestriktion für die Outputlücke. Methode der Europäischen Kommission . . . WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom April 2026, Parametrisierung gemäß der Prognose der Europäischen Kommission vom November 2025.

### 2.3 Arbeitsmarkt

Die Nachwirkung der Rezession ließ die unselbständige aktive **Beschäftigung** im Jahr 2025 nahezu stagnieren (+0,2%). Mit der leichten Konjunkturbelebung verstärkt sich der Zuwachs 2026/2031 auf ½% p. a. (Übersicht 5). Der demografische Wandel verschärft im Prognosezeitraum die Arbeitskräfteknappheit. Die Erwerbsbevölkerung (15 bis 64 Jahre) schrumpft ab 2025 um durchschnittlich 0,3% p. a., wodurch sich das Wachstum des **Arbeitskräfteangebotes** von 0,6% (2025) auf 0,1% (2031) abschwächen wird. Die leichte Ausweitung trotz der ungünstigen demografischen Entwicklung liegt an der Zunahme der Erwerbsbeteiligung von Frauen und Älteren. Sie folgt u. a. aus der schrittweisen Anhebung des Regelpensionsalters der Frauen ab 2024 und der Erhöhung des Eintrittsalters für die Korridorpenion von 62 auf 63 Jahre.

Zusätzlich unterstellt das WIFO einen anhaltenden Anstieg des ausländischen Arbeitskräfteangebotes. Getragen wird er u. a. durch Einpendler:innen aus den Nachbarländern und Vertriebene aus der Ukraine, die zunehmend in den österreichischen Arbeitsmarkt integriert werden. Je nach Verlauf des Ukraine-Krieges könnte der Zustrom an Flüchtlingen anhalten bzw. sich die Aufenthaltsdauer in Österreich verlängern<sup>7)</sup>. Der Anteil ausländischer Arbeitskräfte an der

Gesamtbeschäftigung dürfte bis 2031 auf knapp 30% ansteigen (2010: 13,8%).

Da geburtenstarke Jahrgänge ins Pensionsalter vorrücken und jüngere Kohorten schwächer besetzt sind, werden die Abgänge aus der Beschäftigung den Zufluss an neuen Arbeitskräften deutlich übersteigen (Horvath et al., 2022). Neben dieser quantitativen Angebotsverknappung wird sich in vielen Branchen auch der qualitative Mismatch verschärfen: Während vornehmlich Beschäftigte mit mittlerer Ausbildung (Lehrabschluss und betrieblicher Weiterbildung) aus dem Arbeitsmarkt ausscheiden, verfügen die neu eintretenden Arbeitskräfte deutlich öfter über höhere Ausbildungsabschlüsse. Insbesondere im Handwerk und im Handel dürfte es damit immer schwieriger werden, geeignetes Personal bzw. Lehrlinge zu finden (Horvath et al., 2024). Sollte sich der langfristig beobachtete Rückgang der durchschnittlich geleisteten Arbeitszeit je Erwerbstätigen verstärken, würde dies das Arbeitsangebot zusätzlich schmälern (Statistik Austria, 2025).

Die mittelfristige Verknappung des Arbeitskräfteangebotes dämpft zwar das Trendwachstum, verringert aber auch die **Arbeitslosigkeit**: Die Arbeitslosenquote wird von 7,4% im Jahr 2025 bis 2031 auf voraussichtlich 5,7% zurückgehen.

**Die Arbeitslosenquote dürfte nach der Schwächephase der letzten Jahre von 7,4% (2025) bis 2031 auf 5,7% zurückgehen.**

Übersicht 5: **Arbeitsmarkt, Einkommen, Preise**

	Ø 2010/ 2019	Ø 2021/ 2025	Ø 2026/ 2031	2025	2026	2027	2028	2029	2030	2031
	In %									
Arbeitslosenquote										
In % der Erwerbspersonen <sup>1)</sup>	5,6	5,4	5,3	5,7	5,8	5,5	5,3	5,2	5,0	4,8
In % der unselbständigen Erwerbspersonen	7,8	7,0	6,6	7,4	7,4	7,1	6,8	6,4	6,0	5,7
	Veränderung in % p. a.									
Unselbständig Beschäftigte laut VGR <sup>2)</sup>	+ 1,5	+ 1,5	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,4
Unselbständig aktiv Beschäftigte <sup>3)</sup>	+ 1,4	+ 1,4	+ 0,6	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,8	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,5
Selbständige <sup>4)</sup>	+ 1,3	+ 0,9	+ 0,6	+ 0,6	+ 1,0	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,6
Arbeitslose	+ 1,5	- 5,0	- 4,2	+ 6,6	- 0,3	- 3,2	- 4,2	- 4,9	- 6,1	- 6,4
Produktivität <sup>5)</sup>	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,7	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,5
Lohn- und Gehaltssumme <sup>6)</sup>	+ 3,5	+ 6,5	+ 2,8	+ 3,8	+ 2,5	+ 3,2	+ 3,0	+ 2,7	+ 2,6	+ 2,5
Pro Kopf, real <sup>7)</sup>	+ 0,1	- 0,1	+ 0,2	+ 0,0	- 0,3	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2
Lohnstückkosten, Gesamtwirtschaft	+ 1,7	+ 4,4	+ 1,7	+ 3,2	+ 1,7	+ 2,0	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,5	+ 1,6
Verbraucherpreise	+ 1,9	+ 5,1	+ 2,2	+ 3,6	+ 2,7	+ 2,3	+ 2,1	+ 2,0	+ 1,9	+ 1,9
BIP-Deflator	+ 1,7	+ 4,2	+ 2,0	+ 3,2	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,0	+ 2,0	+ 1,9	+ 1,9

Q: Arbeitsmarktservice, Dachverband der Sozialversicherungsträger, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – <sup>1)</sup> Laut Eurostat (Labour Force Survey). – <sup>2)</sup> Beschäftigungsverhältnisse. – <sup>3)</sup> Ohne Personen in aufrechtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. – <sup>4)</sup> Laut WIFO, einschließlich mithelfender Familienangehöriger. – <sup>5)</sup> BIP real pro Kopf (Erwerbstätige: unselbständige Beschäftigungsverhältnisse und Selbständige laut VGR). – <sup>6)</sup> Brutto, ohne Arbeitgeberbeiträge. – <sup>7)</sup> Beschäftigungsverhältnisse laut VGR, deflationiert mit dem VPI.

<sup>7)</sup> Der Iran-Krieg und die damit einhergehende Instabilität im Nahen und Mittleren Osten bergen das Potenzial für eine erneute Zunahme der Flüchtlingsströme nach Europa. Daraus könnten sich zum einen

weitere Probleme in der Integration ergeben, zum anderen aber auch Chancen, das Arbeitsangebot zu erhöhen.

## 2.4 Inflation und Löhne

Die Inflationsrate erreicht 2028 den Zielwert von 2% und dürfte bis 2031 nahe dabei verharren.

Die Bruttoreallöhne pro Kopf werden nach einem Rückgang 2026 bis zum Ende der Prognoseperiode um 0,2% p. a. steigen.

Die Inflationsrate sank im Jänner und Februar 2026 kräftiger als in der kurzfristigen WIFO-Konjunkturprognose vom Dezember 2025 erwartet (Ederer & Schiman-Vukan, 2025). Vor Ausbruch des Iran-Krieges Anfang März und dem folgenden Energiepreisanstieg lag die WIFO-Schätzung für die Inflationsrate im Jahr 2026 bei rund 2% (Jahresdurchschnitt; siehe Selektiv, 2026). Angesichts des Krieges am Persischen Golf und der Sperre der Straße von Hormus hat das WIFO seine Inflationsprognose für das laufende Jahr um  $\frac{3}{4}$  Prozentpunkte auf 2,7% angehoben (laut Hauptszenario der WIFO-Konjunkturprognose vom April 2026; Scheiblecker & Ederer, 2026<sup>8)</sup>). Ohne weitere inflationsdämpfende Maßnahmen wird der Preisauftrieb mit 2,3% auch 2027 noch über dem angestrebten Zielwert von 2% bleiben. Dieser wird erst 2028 erreicht. In den Folgejahren dürfte die Inflationsrate nahe bei 2% verharren ( $\emptyset$  2026/2031: 2,2% p. a.; Übersicht 5).

In Österreich ist der Preisauftrieb bei Dienstleistungen deutlich ausgeprägter als in anderen Euro-Ländern. Ursächlich sind neben den höheren Energiepreisen der wesentlich kräftigere Anstieg der Arbeitskosten und ein höheres Gewicht der Beherbergung und Gastronomie im Warenkorb des VPI. Im Jahr 2026 ist zudem ein weiterer Anstieg der öffentlichen Tarife und Gebühren zu erwarten. Teilweise wurden entsprechende Erhöhungen bereits umgesetzt (Ticketpreise für den öffentlichen Personennahverkehr und Park-

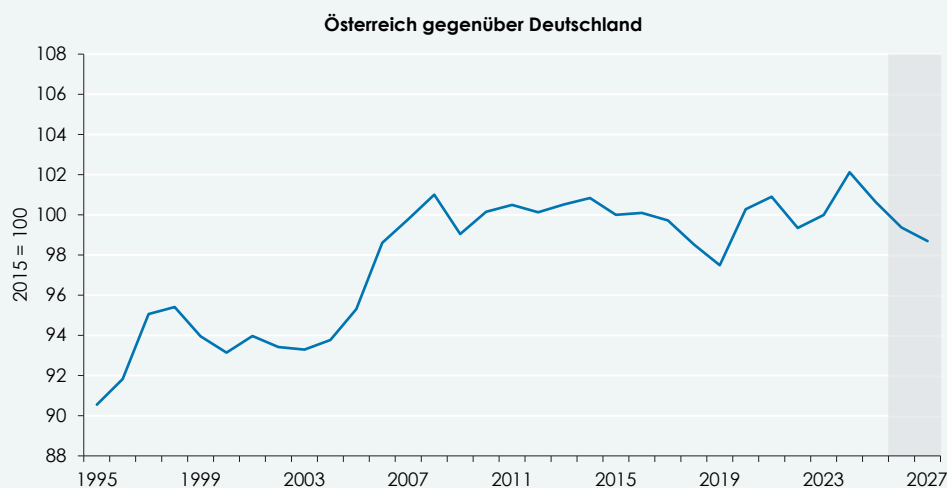
gebühren in Wien, Klimaticket, Bahntarife). Aufgrund des Budgetkonsolidierungsdrucks dürften die Gebietskörperschaften ihre Spielräume bei der Gestaltung der Tarife und Gebühren größtmöglich ausreizen.

In Österreich liegt den zeitlich gestaffelten Tarifverhandlungen (Bittschi, 2023) üblicherweise die Inflationsrate der letzten 12 Monate (rollierende Inflation) zugrunde. Infolge der schwächeren Lohnsteigerungen dürften die arbeitsintensiven Dienstleistungen 2026 etwas weniger zur Teuerung beitragen als noch im Vorjahr.

Für die Jahre 2026 bis 2031 erwartet das WIFO einen Anstieg der **Produzentenreal-löhne pro Stunde** von 0,2% pro Jahr, womit rund die Hälfte des Produktivitätsanstiegs auf den Faktor Arbeit entfällt. Der langfristige Strukturwandel, der einen Beschäftigungsabfluss aus der güterproduzierenden Industrie (mit höherem durchschnittlichem Lohnniveau) zu den Dienstleistungen mit sich bringt, dämpft den durchschnittlichen Lohnzuwachs.

Die Lohnsteigerungen in den Jahren 2023/24 haben die **Lohnstückkosten** (2023/24 +8 $\frac{1}{4}$ % p. a.) in Österreich markant und nachhaltig erhöht, wodurch sich die **relative Lohnstückkostenposition** gegenüber den europäischen Handelspartnern deutlich verschlechtert hat (Bittschi & Meyer, 2025). 2026 dürfte sie sich zumindest gegenüber Deutschland verbessern und die Wettbewerbsfähigkeit der exportorientierten Industrie nicht weiter abnehmen (Abbildung 9)<sup>9)</sup>.

Abbildung 9: Entwicklung der relativen Lohnstückkosten



Q: Statistik Austria, Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2026), WIFO-Berechnungen.

<sup>8)</sup> Siehe Fußnote 1.

<sup>9)</sup> Diese Einschätzung fußt auf einem Vergleich der Lohnstückkosten auf der Basis der vorliegenden WIFO-Prognose und der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2026) für Deutschland. Für einen Vergleich mit

einer größeren Ländergruppe wären die Länderprognosen der Europäischen Kommission oder der OECD geeignete Quellen, diese werden aber erst nach der Fertigstellung dieses Beitrages veröffentlicht.

## 2.5 Öffentlicher Sektor

Im Juli 2025 eröffnete der Rat Wirtschaft und Finanzen (ECOFIN) gegen Österreich ein Verfahren wegen eines übermäßigen Defizites (ÜD-Verfahren). Österreich hat sich zu einem strengen Konsolidierungskurs verpflichtet, um die Neuverschuldung des Gesamtstaates in den kommenden Jahren nachhaltig zu reduzieren. Nach den krisenbedingten Belastungen der vergangenen Jahre steht die Fiskalpolitik damit vor der Herausforderung, die öffentlichen Haushalte zu stabilisieren, ohne das ohnehin schwache Wachstum abzuwürgen oder auf notwendige zukunftsgerichtete Ausgaben zu verzichten. Gleichzeitig bestehen weiterhin eine hohe strukturelle Ausgabendynamik, insbesondere im Zusammenhang mit dem demografischen Wandel (Pensionen, Gesundheits- und Pflegekosten), sowie Nachhol- und Verbesserungsbedarfe bei Kinderbetreuung und Landesverteidigung.

Die Bundesregierung hat im Mai 2025 einen Doppelhaushalt für die Jahre 2025 und 2026 verabschiedet und eine Haushaltssanierung eingeleitet. Ziel ist die Verringerung des gesamtstaatlichen Budgetdefizites (Maastricht-Saldo) auf unter 3% des BIP bis zum Jahr 2028 als Voraussetzung für die Einstellung des ÜD-Verfahrens. Der reformierte Österreichische Stabilitätspakt 2025 verpflichtet ab dem laufenden Jahr auch die Bundesländer und Gemeinden zu einem strikteren Budgetkurs und einem Abbau ihrer Defizite. Ein erster Konsolidierungserfolg zeigte sich in der Verbesserung des Maastricht-Saldos von  $-4,6\%$  des BIP im Jahr 2024 auf  $-4,2\%$  (2025). Zahlreiche geplante Konsolidierungsmaßnahmen, die ihre Wirkung ab 2027 entfalten sollen, werden erst in den derzeit laufenden Verhandlungen zum Doppelhaushalt 2027/28 konkretisiert und konnten daher in dieser Prognose nicht berücksichtigt werden.

Vor diesem Hintergrund erwartet das WIFO für 2026 nur eine leichte Reduktion des gesamtstaatlichen **Budgetdefizites** auf  $4,1\%$  des BIP. In den darauffolgenden Jahren zeigt sich unter der "No-Policy-Change"-Annahme (d. h. ohne Berücksichtigung des Doppelhaushaltes 2027/28) eine geringfügige Verbesserung, die allerdings hinter den Anforderungen eines raschen Defizitabbaus zurückbleibt: Ohne zusätzliche Konsolidierungsmaßnahmen dürfte sich das Defizit im Prognosezeitraum bei etwa  $4\%$  des BIP einpendeln, womit die Maastricht-Referenzgrenze von  $3\%$  klar verfehlt würde. Die bereits beschlossenen Maßnahmen sind demnach zwar wirksam, jedoch bedarf es im Doppelhaushalt 2027/28 und in der mittelfristigen Finanzplanung für die Folgejahre zusätzlicher

struktureller Anpassungen, um einen tragfähigen Budgetpfad sicherzustellen<sup>10)</sup>.

Angesichts der prognostizierten Neuverschuldung und des flauen Wirtschaftswachstums bleibt auch die gesamtstaatliche **Schuldenquote** hoch. Nach einem deutlichen Anstieg seit 2019 (2019:  $71\%$  des BIP, 2025:  $81,5\%$  des BIP) wird sie im Zeitraum 2026/2031 voraussichtlich weiter bis auf  $90\%$  des BIP zunehmen ( $\emptyset$  2026/2031:  $86,8\%$  des BIP).

Die Staatsausgabenquote verharrt ebenfalls im gesamten Prognosezeitraum auf hohem Niveau. Nach dem Ausgabenanstieg der vergangenen Jahre, verursacht durch multiple Krisen, wird sie sich bei über  $54\%$  des BIP einpendeln und damit weiter deutlich über der Einnahmenquote liegen. Das nominelle Ausgabenwachstum wird sich jedoch empfindlich auf  $2,7\%$  p. a. verlangsamen (2026/2031; 2021/2025  $+5,4\%$  p. a.). Die Konsolidierungsmaßnahmen dämpfen zwar die Ausgabendynamik, allerdings bleiben zentrale Ausgabenkategorien strukturell expansiv. Insbesondere die monetären Sozialleistungen – allen voran Pensions- und Pflegeausgaben – wachsen infolge der demografischen Entwicklung trotz langsam einsetzender Reformwirkungen weiterhin überdurchschnittlich ( $+3,0\%$  p. a.).

Ein zunehmend wichtiger Faktor für die Budgetentwicklung ist die Zinsbelastung. Infolge des gestiegenen Zinsniveaus und der hohen Staatsverschuldung werden die Zinsausgaben im Prognosezeitraum kräftig zunehmen. Lagen sie im Jahr 2024 noch bei rund  $1\frac{1}{2}\%$  des BIP, dürften sie bis 2031 auf  $2,1\%$  ansteigen. Damit entwickeln sich die Zinszahlungen zu einer der dynamischsten Ausgabenkomponenten mit einer jahresdurchschnittlichen Zuwachsrate von  $8,0\%$  im Zeitraum 2026 bis 2031. Dies schränkt den fiskalischen Handlungsspielraum zusätzlich ein, da ein wachsender Anteil der öffentlichen Mittel für den Schuldendienst aufgewendet werden muss und nicht für produktive Ausgaben oder Entlastungsmaßnahmen zur Verfügung steht.

Auf der Einnahmenseite zeigt sich im Prognosezeitraum eine moderat positive Entwicklung. Die Staatseinnahmen wachsen im Einklang mit der Gesamtwirtschaft, bleiben jedoch durch strukturelle Faktoren gedämpft. Dazu zählen, trotz der Abschaffung des "diskretionären Drittels", insbesondere die fortgesetzte Anpassung der Tarifgrenzen im Einkommensteuersystem an die Inflation (Ausgleich der "kalten Progression") sowie eine insgesamt verhaltene Einkommens- und Gewinnentwicklung. Die Einnahmen aus direkten Steuern steigen im Zeitraum 2026 bis 2031 um durchschnittlich  $3,4\%$  pro Jahr und damit deutlich langsamer als in den Jahren

Das gesamtstaatliche Defizit liegt im Prognosezeitraum mit durchschnittlich knapp  $4\%$  des nominellen BIP deutlich über den EU-Vorgaben. Die Staatsschuldenquote dürfte von  $81\frac{1}{2}\%$  (2025) bis 2031 auf  $90\%$  des BIP steigen.

<sup>10)</sup> Siehe dazu auch die Einschätzungen des Fiskalratsbüros (2026) und die Empfehlungen des Fiskalrates (2025).

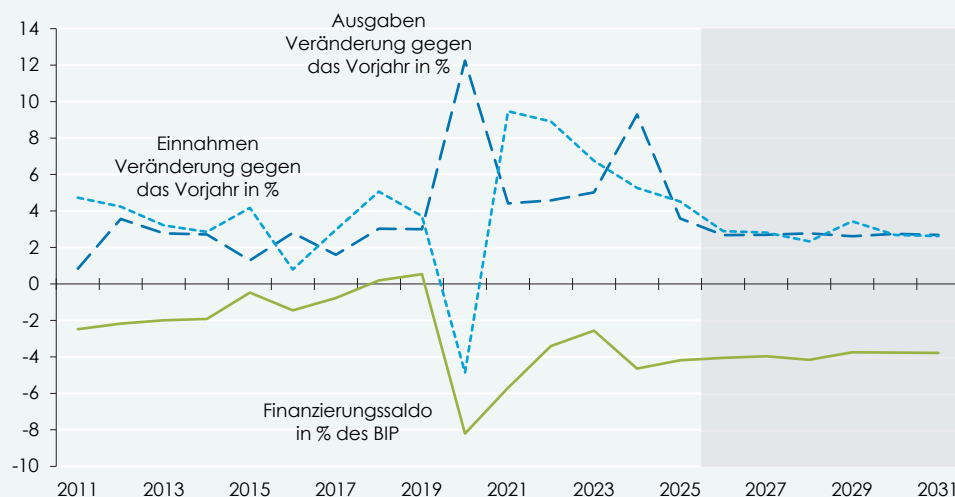
nach der COVID-19-Pandemie (2021/2025 +5,6%). Auch bei den Sozialbeitrügen ist aufgrund schwächerer Beschäftigungs- und Lohnzuwächse mit einer abgeschwächten Dynamik zu rechnen. Die Einnahmen aus indirekten Steuern entwickeln sich mit +2,8% p. a. verhalten, wobei im Jahr 2028 rein buchungstechnische Anpassungen bei der Überführung der nationalen CO<sub>2</sub>-Bepreisung in den europäischen Emissionshandel sogar zu einer vorübergehenden Verschlechterung des gesamtstaatlichen Budgetsaldos beitragen werden. Insgesamt dürften die Staatseinnahmen im Prognosezeitraum 2026/2031 um 2,8% pro Jahr wachsen und sich bei etwas über 50% des nominellen BIP stabilisieren.

Die Gegenüberstellung von Ausgaben- und Einnahmenentwicklung verdeutlicht die zentrale Herausforderung, vor der die österreichische Fiskalpolitik in den kommenden Jahren stehen wird: Trotz der im Doppelbudget 2025/26 eingeleiteten Konsolidierung

bleibt eine strukturelle Lücke bestehen, die eine nachhaltige Verbesserung der Haushaltskennzahlen erschwert. Im Budget 2027/28 sind somit zusätzliche Maßnahmen auf der Bundesebene erforderlich, um den Vorgaben des Fiskalstrukturplans gerecht zu werden. Der Anpassungsdruck betrifft allerdings nicht nur den Bund, sondern alle Ebenen des Staates. Insbesondere die Länder und Gemeinden sehen sich mittelfristig mit steigenden Ausgabenbedarfen konfrontiert, während ihre Einnahmenbasis vergleichsweise wenig dynamisch wächst. Insgesamt wird die budgetäre Entwicklung bis 2031 vom Spannungsfeld zwischen Sanierungsnotwendigkeit und strukturellem Ausgaben- druck geprägt bleiben. Vor diesem Hintergrund wird es entscheidend sein, die Konsolidierungsstrategie weiterzuentwickeln. Kurzfristige Maßnahmen müssen durch Effizienzreformen im öffentlichen Sektor und durch wachstumsfördernde Strukturreformen ergänzt werden, um die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen langfristig sicherzustellen.

Abbildung 10: **Einnahmen, Ausgaben und Finanzierungssaldo des Staates**

Laut Maastricht-Definition



Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

## 2.6 Entwicklung von Armutsgefährdung und Einkommensverteilung

Für 2026 erwartet das WIFO einen Anstieg der Armutsgefährdungsquote um 0,2 Prozentpunkte auf 14,6%. Dämpfend wirken der ab 2027 prognostizierte Rückgang der Arbeitslosigkeit sowie das im Vergleich zu den indexierten Pensionen und Sozialleistungen schwächere Lohnwachstum<sup>11)</sup>. Dem stehen Maßnahmen gegenüber, die einem Rück-

gang der Quote entgegenwirken: Dazu zählen Kürzungen bei der Wiener Mindestsicherung, das Aussetzen der Valorisierung von bestimmten Sozialleistungen, insbesondere Familienleistungen, in den Jahren 2026 und 2027<sup>12)</sup>, die Erhöhung der Krankenversicherungsbeiträge für Pensionist:innen (ab 2026 erstmals ganzjährig wirksam), die das Wachstum der Nettopensionen bremst, sowie das Aussetzen des diskretionären Drittels

<sup>11)</sup> Fink und Rocha-Akis (2025) zeigen, dass Pensionsanpassungen, die über dem durchschnittlichen Wachstum der Löhne und Gehälter liegen, die Armutsgefährdungsquote senken können.

<sup>12)</sup> Kinder leben häufiger in Haushalten mit geringem Äquivalenzeinkommen.

beim Ausgleich der kalten Progression von 2026 bis 2029<sup>13</sup>). Sozialhilfe- bzw. Mindestsicherungsbeziehende und Kinder sind überdurchschnittlich armutsgefährdet. Daher wirken sich die geringere Mindestsicherung und die nicht valorisierten Familienleistungen weniger auf deren Armutsgefährdung als auf die Armutsgefährdungslücke aus, d. h. das verfügbare Einkommen der Betroffenen sinkt in Relation zur Armutsgefährdungsschwelle weiter ab.

Für 2027 wird bei anhaltendem Abbau der Arbeitslosigkeit und stärker als die Löhne wachsenden Sozialleistungen eine Armutsgefährdungsquote von 14,3% erwartet. Dieser rückläufige Trend setzt sich bis 2031 fort.

Gründe hierfür sind u. a. der weitere Rückgang der Arbeitslosigkeit, eine ähnliche Dynamik der Pensionsanpassungen und des Wachstums der durchschnittlichen Bruttolöhne und -gehälter<sup>14</sup>) sowie die erneute Valorisierung bestimmter Sozialleistungen ab 2028. Zusätzlich erhöht die schrittweise Anhebung des Frauenpensionsantrittsalters ab 2024 die Erwerbs- und Beschäftigungsquote der 60- bis 64-jährigen Frauen (Horvath et al., 2025), dämpft die Zugänge in Alterspension und drückt den Frauenanteil unter den 60- bis 64-jährigen Alterspensionist:innen. Bis 2031 sinkt die Armutsgefährdungsquote dadurch auf 13,4% (-0,9 Prozentpunkte gegenüber 2025).

### Indikatoren zur Einkommensverteilung

Die Prognose der Verteilungsindikatoren erfolgt auf Basis von individuellen Mikrodaten (EU-SILC) und einer Mikrosimulation der verfügbaren Haushaltseinkommen (EUROMOD).

#### Daten und Referenzjahr

Als Datenbasis dient EU-SILC 2024, bereitgestellt von Eurostat<sup>1</sup>). EU-SILC ist eine jährliche Befragung von rund 6.000 Haushalten, deren Einkommen großteils ex post auf Basis von Verwaltungsdaten ergänzt werden. Die Daten sind mit Gewichten versehen, die darauf ausgerichtet sind, dass die Stichprobe hinsichtlich der privaten Haushalte in Österreich repräsentativ ist (Glaser & Till, 2010). Die nationalen EUROMOD-Teams bereiten die Daten für die Verwendung mit EUROMOD (Sutherland & Figari, 2013) auf.

Das Einkommensreferenzjahr in EU-SILC ist das Jahr 2023. Die Indikatoren werden, abweichend von der EU-Praxis, diesem Jahr und nicht dem Befragungsjahr (2024) zugeordnet.

#### Methode

Methodisch baut die mittelfristige Prognose der Verteilungsindikatoren auf Ederer et al. (2024) auf. Sie erfolgt unter Berücksichtigung von demografischen Veränderungen nach Altersgruppen, Geschlecht und Haushaltsgröße (laut Bevölkerungs- und Haushaltsprognose von Statistik Austria), Veränderungen der Beschäftigung und Arbeitslosigkeit (laut aktueller WIFO-Prognose) sowie unter Berücksichtigung der Entwicklung der Beziehenden von Alters- und Hinterbliebenenpensionen sowie Ausgleichszulagen gemäß Alterssicherungskommission (2024). Weiters berücksichtigt werden sektorale Beschäftigungsver-schiebungen (Horvath et al., 2024) und die veränderte Pensionszugangsdynamik aufgrund der Anhebung des Frauenpensionsantrittsalters auf Basis von Schiman-Vukan et al. (2025).

Mit einem Umgewichtungsverfahren werden die Gewichte in EU-SILC so angepasst, dass die Werte der Stichprobe in Summe den jeweils prognostizierten Werten entsprechen (Deville & Särndal, 1992; Pacifico, 2014). Darüber hinaus wird die Entwicklung der Faktoreinkommen (z. B. Löhne und Gehälter) auf Basis der WIFO-Prognose berücksichtigt. Die öffentlichen Pensionen sowie die Höhe zahlreicher Sozialtransfers werden wie gesetzlich vorgesehen an die maßgebliche Inflation (laut WIFO-Prognose) angepasst. Veränderliche Werte in der Sozialversicherung werden mit der Aufwertungsrate ebenfalls jährlich angepasst. Sofern keine Informationen zu diskretionären Maßnahmen zur Abgeltung der kalten Progression vorliegen, wird ein voller automatischer Ausgleich angenommen.

Zur Simulation von Sozialtransfers und Sozialabgaben sowie Steuern auf individueller Ebene und zur Bildung des verfügbaren Einkommens wird eine für den Prognosebedarf adaptierte Version des Mikrosimulationsmodells EUROMOD (Version J2.0+; Fuchs et al., 2026) verwendet. Dabei werden die für die Ermittlung der Haushaltseinkommen im Prognosezeitraum wichtigsten (beschlossenen) Reformen bzw. Maßnahmen des Steuer- und Transfersystems berücksichtigt. Die so ermittelten verfügbaren Einkommen bilden die Grundlage für die Berechnung der Armutsgefährdungsquote und des S80/S20-Einkommensquintilverhältnisses.

<sup>1</sup>) Für alle Schlussfolgerungen sind ausschließlich die Autor:innen verantwortlich.

Das S80/S20-Einkommensquintilverhältnis dürfte 2026 geringfügig um 0,03 steigen. Die Zunahme des Indikators in den Jahren 2026 und 2027 ist insbesondere auf eine geringere Dynamik im untersten Quintil (S20) in den Jahren 2025 und 2026 zurückzuführen. Dies steht im Zusammenhang mit der Kürzung der

Mindestsicherung (2026) sowie der realen Entwertung vormals valorisierter Familienleistungen (2026 und 2027). Zudem kommt ein großer Teil des Volumens der automatischen (Zwei-Drittel-)Indexierung dem oberen Quintil zugute (2025: rund 35%, vgl. Fink & Rocha-Akis, 2024; Budgetdienst, 2024a,

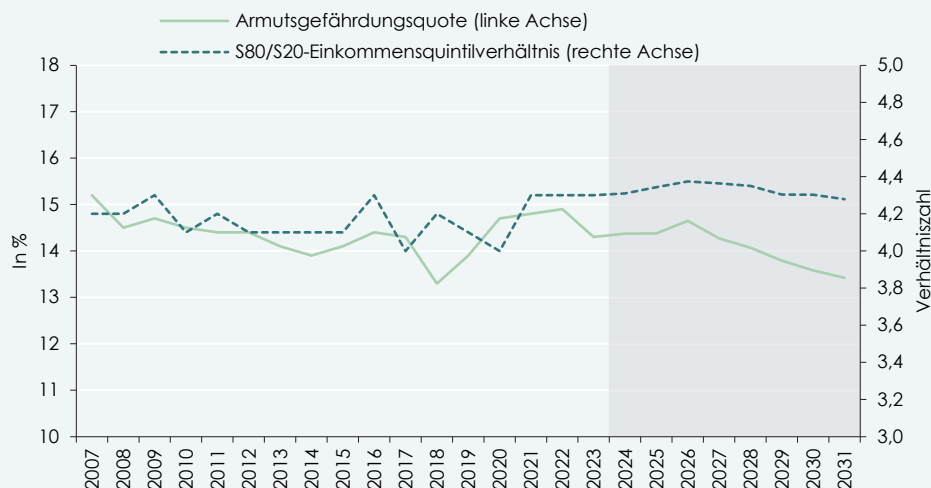
<sup>13</sup>) Fink und Rocha-Akis (2024) schätzen den Effekt des diskretionären Drittels 2025 auf -0,3 Prozentpunkte.

<sup>14</sup>) Die geringere Abgabenbelastung von Pensionen und Sozialleistungen führt bei gleichem Bruttowachstum zu höherem Nettowachstum.

2024b), während ein allfälliger Ausgleich durch das diskretionäre Drittel bis 2029 ausbleibt. Im weiteren Verlauf bis 2031 prognostiziert das WIFO für jedes Jahr einen leichten Rückgang bzw. eine Stagnation.

Der spürbarste Rückgang auf der ersten Nachkommastelle wird 2029 erwartet. Er hängt u. a. mit dem Wiedereinsetzen der Valorisierung der Sozialleistungen im Jahr 2028 zusammen.

Abbildung 11: Verteilungsindikatoren



Q: Eurostat, ilc\_li02 und ilc\_di11 (dem Einkommensjahr zugeordnet). Ab 2024: WIFO-Prognose.

### 3. Prognoserisiken

**Der Iran-Krieg, der Ukraine-Krieg und Handelskonflikte im Zusammenhang mit der Zollpolitik der USA bergen bedeutende Abwärtsrisiken.**

Beträchtliche Abwärtsrisiken bergen der **Iran-Krieg** und weiterhin der **Ukraine-Krieg**. So könnte eine weitere Verschärfung des Konfliktes mit dem Iran den Nahen und Mittleren Osten destabilisieren. Länger anhaltende Lieferengpässe, höhere Transportkosten und eine deutliche Verteuerung von Rohöl und Erdgas – bis hin zu Mangellagen bei verarbeiteten Mineralölprodukten (Diesel, Kerosin) – hätten schwerwiegende Folgen für die Weltwirtschaft. Eine weitere Eskalation des Ukraine-Krieges könnte u. a. verstärkte Fluchtbewegungen, höhere Erdgaspreise und umfassendere EU-Sanktionen gegen Russland zur Folge haben.

Eine Ausweitung protektionistischer Maßnahmen in den bilateralen **Handelskonflikten** zwischen den USA, China und der EU hätte wegen der Verzahnung der Wertschöpfungsketten ebenfalls negative Folgen für die gesamte Weltwirtschaft.

**China** ringt weiterhin mit einer hohen Überschuldung von Unternehmen der Immobilienbranche und der Bauwirtschaft<sup>15)</sup>. Dies birgt nicht nur Risiken für die chinesische Konjunktur, sondern durch internationale Verflechtungen auch für die globalen Finanzmärkte. Eine **Okkupation Taiwans durch China** hätte, neben geostrategischen und sicherheitspolitischen, auch drastische wirtschaftliche Folgen, vor allem für die Indus-

trialänder (z. B. hinsichtlich der Verfügbarkeit von Highend-Computerchips).

Bei einem **Eintreten der erwähnten Abwärtsrisiken** würde die **Inflation in Österreich deutlich lebhafter** ausfallen als in der vorliegenden Prognose dargelegt. Aufgrund der in Österreich höheren Inflationpersistenz (wie sie in den Jahren 2022 bis 2024 zu beobachten war) könnte ein solcher Inflationsschock hierzulande neuerlich stärker und dauerhafter wirken als in anderen Euro-Ländern.

Zusätzlich zur **geringeren Konsumnachfrage** aufgrund des Kaufkraftverlustes würden sich auch die **österreichischen Ausfuhren schwächer entwickeln** als in der Prognose unterstellt. Ein Einbruch der in- und ausländischen Nachfrage würde auch die **Investitionstätigkeit der Unternehmen verringern**. Zusammengefasst würden das **Wirtschaftswachstum, die Beschäftigungs- und die Einkommensentwicklung** in diesem Fall deutlich gedämpft.

Als weitere Konsequenz würde das Abgabenaufkommen merklich zurückgehen, während die Staatsausgaben tendenziell höher ausfielen als angenommen, wodurch sich die fiskalische Position Österreichs weiter verschlechtern würde.

<sup>15)</sup> Zusammen machen diese beiden Sektoren etwa ein Viertel des chinesischen BIP aus.

Aufgrund der "No-Policy-Change"-Annahme unterstellte das WIFO in der vorliegenden Prognose keine zusätzlichen Maßnahmen oder Reformen, um die Neuverschuldung auf bzw. nachhaltig unter das 3%-Ziel zu

senken. Abhängig von den getroffenen Maßnahmen hätte dies Rückwirkungen auf die Wirtschaftsentwicklung; das BIP-Wachstum würde dadurch tendenziell niedriger ausfallen als in dieser Prognose dargestellt.

#### 4. Literaturhinweise

- Alterssicherungskommission (2024). *Gutachten über die voraussichtliche Gebarung der gesetzlichen Pensionsversicherung in den Jahren 2024 bis 2029*. [https://www.sozialministerium.at/dam/jcr:7dae8f86-e88d-4d53-b318-c92b17554dc4/Mittelfristgutachten\\_Gesetzliche\\_PV\\_2023.pdf](https://www.sozialministerium.at/dam/jcr:7dae8f86-e88d-4d53-b318-c92b17554dc4/Mittelfristgutachten_Gesetzliche_PV_2023.pdf).
- Baumgartner, J., Bierbaumer, J., & Bilek-Steindl, S. (2023). Hohe Unsicherheit prägt Einschätzungen privater Haushalte. Ergebnisse einer Befragung zu den Themen "Teuerung", "Heizen", "Kreditfinanzierung" und "Sparen". *WIFO-Monatsberichte*, 96(1), 45-62. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/29858508>.
- Baumgartner, J., Breuss, F., & Kaniowski, S. (2005). WIFO-Macromod – An Econometric Model of the Austrian Economy. In OeNB (Hrsg.), *Macroeconomic Models and Forecasts for Austria. Proceedings of OeNB Workshops* (S. 61-86), (5).
- Baumgartner, J., & Kaniowski, S. (2025). Strukturprobleme dämpfen das mittelfristige Wirtschaftswachstum. Mittelfristige Prognose 2026 bis 2030. *WIFO-Monatsberichte*, 98(10), 533-550. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/63892103>.
- Bitschi, B. (2023). Lohnführerschaft in Österreich: Relikt der Vergangenheit oder sozialpartnerschaftlicher Dauerbrenner? *Wirtschaft und Gesellschaft*, 49(29), 79-101. <https://journals.akkwien.at/index.php/wug/article/view/187/182>.
- Bitschi, B., & Meyer, B. (2025). Deutlicher Anstieg der relativen Lohnstückkosten im Jahr 2024. *WIFO-Monatsberichte*, 98(10), 571-585. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/55113938>.
- Budgetdienst (2024a). *Abgeltung der kalten Progression im Jahr 2025*. <https://www.parlament.gv.at/dokument/budgetdienst/analysen-zu-gesetzen/BD-Abgeltung-der-kalten-Progression-im-Jahr-2025.pdf>.
- Budgetdienst (2024b). *Verteilungswirkung der Abgeltung der kalten Progression 2023 bis 2025*. <https://www.parlament.gv.at/dokument/budgetdienst/analysen-auf-anfrage/BD-Verteilungswirkung-kalte-Progression-2023-bis-2025.pdf>.
- Deville, J.-C., & Särndal, C.-E. (1992). Calibration Estimators in Survey Sampling. *Journal of the American Statistical Association*, 87(418), 376-382. <https://doi.org/10.1080/01621459.1992.10475217>.
- Ederer, S., Fink, M., Rocha-Akis, S., & Lechinger, V. (2024). Prognose von "Beyond GDP"-Indikatoren zur Einkommensverteilung. *WIFO Research Briefs*, (5). <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/51178914>.
- EU Independent Fiscal Institutions – EU IFIs (2019). *A practitioner's guide to potential output and the output gap*.
- EU Independent Fiscal Institutions – EU IFIs (2022). *Testing output gaps: An Independent Fiscal Institutions' guide*.
- Europäische Kommission (2025). European Economic Forecast. Autumn 2025. *European Economy, Institutional Papers*, (327).
- Felbermayr, G. (2024). Konjunktur und Wachstum in Österreich. Ein Rendezvous mit der Realität. *WIFO-Monatsberichte*, 97(9), 519-530. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/54820544>.
- Fink, M., & Rocha-Akis, S. (2024). *Verteilungswirkungen des Ausgleichs der kalten Progression für das Jahr 2025. Zusatzbericht zum Progressionsbericht 2024*. WIFO. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/53782588>.
- Fink, M., & Rocha-Akis, S. (2025). Armutsgefährdung und Einkommenswachstum: Paradoxe Zusammenhänge im Prognosekontext. *Wirtschaft und Gesellschaft*, 51(1), 17-41. <https://doi.org/10.59288/wug511.277>.
- Fiskalrat (2025). *Bericht über die öffentlichen Finanzen 2024 bis 2029*. [https://www.fiskalrat.at/dam/jcr:754b0046-0838-466b-8f64-8091ad2e47e8/FISK-Jahresbericht\\_2025-Web.pdf](https://www.fiskalrat.at/dam/jcr:754b0046-0838-466b-8f64-8091ad2e47e8/FISK-Jahresbericht_2025-Web.pdf).
- Fiskalratbüro (2026). *Aktueller Budgetausblick 2026 und 2027. Schnelleinschätzung des Fiskalratsbüros*. <https://www.fiskalrat.at/presseinformationen/Presseinformation-vom-15.-April-2026.htm> (abgerufen am 16. 4. 2026).
- Fuchs, M., Wohlgemuth, F., & Conforti, D. (2026). *EUROMOD Country Report. Austria (AT) 2022-2025*. Publications Office of the European Union.
- Glaser, T., & Till, M. (2010). Gewichtungungsverfahren zur Hochrechnung von EU-SILC-Querschnittergebnissen. *Statistische Nachrichten*, (7), 566-577.
- Havik, K., Mc Morrow, K., Orlandi, F., Planas, C., Raciborski, R., Röger, W., Rossi, A., Thum-Thysen, A., & Vandermeulen, V. (2014). The Production Function Methodology for Calculating Potential Growth Rates & Output Gaps. *European Economy, Economic Papers*, (535).
- Horvath, T., Huber, P., Huemer, U., Kogler, M., Mahringer, H., Piribauer, P., Sommer, M., & Weingärtner, S. (2024). *Mittelfristige Beschäftigungsprognose für Österreich und die Bundesländer. Berufliche und sektorale Veränderungen 2023 bis 2030*. WIFO. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/55858191>.
- Horvath, T., Hyll, W., Mahringer, H., Lutz, H., & Spielauer, M. (2022). *Ältere am Arbeitsmarkt: Eine Vorausschau bis 2040 als Grundlage für wirtschaftspolitische Maßnahmen*. WIFO. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/19098022>.

- Horvath, T., Mahringer, H., & Mayrhuber, C. (2025). Älterenbeschäftigungsquoten bis 2030. *WIFO Research Briefs*, (11). <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/60174119>.
- Lui, Z. Z. (2024). China's Real Economic Crisis, Why Beijing Won't Give Up on a Failing Model. *Foreign Affairs*, 103(5). <https://www.foreignaffairs.com/china/chinas-real-economic-crisis-zongyuan-liu>.
- Maidorn, S. (2018). Is there a trade-off between procyclicality and revisions in EC trend TFP estimations? *Empirica*, 45(1), 59-82.
- Pacifico, D. (2014). Sreweight: A Stata Command to Reweight Survey Data to External Totals. *The Stata Journal*, 14(1), 4-21. <https://doi.org/10.1177/1536867X1401400103>.
- Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2025). *Gemeinschaftsdiagnose #2-2025 – Expansive Finanzpolitik kaschiert Wachstumsschwäche*. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/62904743>.
- Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2026). *Gemeinschaftsdiagnose #1-2026: Energiepreisschock überlagert Fiskalimpuls – Wachstumskräfte versiegen*. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/67833047>.
- Scheiblecker, M., & Ederer, S. (2026). Iran-Krieg gefährdet die Konjunkturerholung. Prognose für 2026 und 2027. *WIFO-Monatsberichte*, 99(4), 151-166. <https://monatsberichte.wifo.ac.at/68109995>.
- Schiman-Vukan, S., Horvath, T., & Spielauer, M. (2025). *Langfristige Perspektiven der öffentlichen Finanzen in Österreich*. WIFO. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/64187468>.
- Selektiv (2026, 5. Februar). Interview – WIFO-Ökonom: "Inflation könnte im Jahresschnitt unter 2,0% sinken". <https://www.selektiv.at/wifo-baumgartner-interview/>.
- Statistik Austria (2025). *Detailltabellen zu geleisteter Arbeitszeit, Arbeitsvolumen, Überstunden – Zeitreihen, Arbeitskräfteerhebung 2024*. [https://www.statistik.at/fileadmin/pages/264/13\\_Arbeitszeit\\_Arbeitsvolumen\\_Zeitreihen\\_bis2024.ods](https://www.statistik.at/fileadmin/pages/264/13_Arbeitszeit_Arbeitsvolumen_Zeitreihen_bis2024.ods).
- Sutherland, H., & Figari, F. (2013). EUROMOD: The European Union Tax-Benefit Microsimulation Model. *International Journal of Microsimulation*, 6(1), 4-26. <https://doi.org/10.34196/ijm.00075>.